

Morten Reitmayer

Comeback der Elite

Die Rückkehr eines politisch-gesellschaftlichen Ordnungsbegriffs

Der Terminus »Elite« stellt einen zentralen Begriff der politischen Ideengeschichte im Europa des 20. Jahrhunderts dar.¹ Ganz allgemein bezeichnet er die Herrschafts- und Funktionsträger einer politisch-sozialen Ordnung, ohne dass damit bereits gesagt wäre, durch welche konkreten sozialen Merkmale, Zuschreibungen oder Funktionslogiken die Zugehörigkeit zur Elite bestimmt wird und welcher Art jene politisch-soziale Ordnung ist. Allerdings verweist der Begriff »Elite« stets auf die ausschlaggebende Bedeutung sozialer Minderheiten.

Gleichzeitig jedoch handelt es sich beim Terminus »Elite« um einen Quellenbegriff, den die Zeitgenossen zu verschiedenen Zeitpunkten des 20. Jahrhunderts in den europäischen Gesellschaften mit unterschiedlich ausgeprägter Leidenschaft, aber auch in unterschiedlichen Bedeutungsgehalten jenen Herrschafts- und Funktionsträgern verliehen haben. So fand der Elite-Begriff etwa in Frankreich sehr früh – noch vor 1900 – Eingang in die politische Sprache, in Italien und Großbritannien sehr spät und fast ausschließlich in den engen Spielräumen der von Sozialwissenschaftlern dominierten Debatten.² In Deutschland spielt der Elite-Begriff in dieser Hinsicht erst seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine bedeutende Rolle, weil er bis dahin im Schatten konkurrierender Ordnungsbegriffe – Klasse, Stand, Führer – stand.³ Danach verbreitete er sich jedoch sehr schnell in Form eines relativ stabilen Meinungswissens über die politisch-soziale Ordnung der Gesellschaft – einer Doxa⁴, weil er den spezifischen politisch-ideellen Erfahrungen und Erwartungen vieler Politiker, Publizisten, Wissenschaftler und Unternehmer im Nachkriegsdeutschland außerordentlich entgegenkam. Den inhaltlichen Kern dieser Doxa bildete die Überzeugung von der ausschlaggebenden Bedeutung von Minderheiten in allen menschlichen Gesellschaften, ohne damit bereits auf eine bestimmte Eliten-Theorie oder einen bestimmten Elite-Begriff (Funktionselite, Machtelite oder ähnliche) festgelegt zu sein. Vielmehr bildete die Elite-Doxa das stabile Zentrum eines ansonsten weitgehend offenen Meinungsfelds über die jeweilige Ausgestaltung und inhaltlich Füllung des Elite-Begriffs.

Dabei folgte auch in der Bundesrepublik die Verwendung des Elite-Begriffs bestimmten ideengeschichtlichen Konjunkturen und Eigenlogiken und stellte keinen linearen Diffusionsprozess – etwa im Sinne einer kumulativen Zunahme politisch-ideeller Rationalität – dar. Aus diesem Grund ist bereits die bloße Häufigkeit (oder aber die Seltenheit)

1 *Morten Reitmayer*, Politisch-soziale Ordnungsentwürfe und Meinungswissen über die Gesellschaft in Europa im 20. Jahrhundert, in: *Lutz Raphael* (Hrsg.), *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, Wien 2012, S. 37–63; *ders.*, *Eliten, Machteliten, Funktionseliten, Elitenwechsel*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, URL: <<http://docupedia.de/zg/Eliten>> [5.10.2011].

2 *Reitmayer*, *Politisch-soziale Ordnungsentwürfe*; *Jean-François Sirinelli*, *The École Normale Supérieure and Elite Formation and Selection during the Third Republic*, in: *Jolyon Howorth/Philip G. Cerny* (Hrsg.), *Elites in France. Origins, Reproduction and Power*, London 1981, S. 66–77.

3 *Morten Reitmayer*, *Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee*, München 2009, auch für das Folgende.

4 Zum Begriff der Doxa als »jenes Ensembles von Thesen, die stillschweigend und jenseits des Fragens postuliert werden«, vgl. *Pierre Bourdieu*, *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1976, S. 318–334.

seines Auftretens ein guter Indikator für die Problematisierung oder sogar die Infragestellung der jeweiligen politisch-sozialen Ordnung.

Wie es der Aufsatztitel bereits umreißt, erfolgte zu Beginn der 1980er Jahre eine auffallende Zunahme der Verwendung des Elite-Begriffs in der politischen Sprache der Bundesrepublik, die angesichts der relativen »Flaute« im Jahrzehnt davor eine durchaus erklärungsbedürftige »Rückkehr« dieses Ordnungsbegriffs darstellt. Deshalb soll in diesem Aufsatz einerseits der Versuch unternommen werden, die tieferen Ursachen für diese Wiederkehr freizulegen, und andererseits einige plausible Vermutungen über die historische Signifikanz dieses »Comeback« anzustellen. Auf welche Erfahrungen, Problemlagen, Interessen und Erwartungen reagierten diejenigen, die den Terminus in die politischen und vopolitischen Zeitdiagnosen trugen, und welche Akteursgruppen lassen sich als Träger dieser ideengeschichtlichen Konjunkturverläufe identifizieren? Um diese Fragen zu beantworten, soll nach einer kurzen Skizze der Verbreitung der Elite-Doxa in Westdeutschland während der 1960er und 1970er Jahre (also der Vorgeschichte unseres Untersuchungszeitraums) zunächst der Konjunkturverlauf des Elite-Terminus in der politischen Sprache der Bundesrepublik rekonstruiert werden. Sodann werden zwei zeitgenössische Diskussionsstränge näher untersucht, in denen der Elite-Begriff eine zentrale Rolle spielte und für erhebliche öffentliche Aufregung sorgte (was per se schon auf seine politische-ideelle Relevanz hinweist): die Auseinandersetzung um die Empfehlung des Wissenschaftsrats zur »Förderung besonders Befähigter« aus dem Jahr 1981 sowie der Vorstoß des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher zu Gründung von Elite-Hochschulen mit dem Zweck, der seiner Ansicht nach sich abzeichnenden Innovationskrise der westdeutschen Industrie zu begegnen. Schließlich soll noch ein Panoramablick auf die verschiedenen, im Wesentlichen nicht konvergierenden oder sogar disparaten Erörterungszusammenhänge, die sich in den 1980er Jahren mit dem Thema »Elite« auseinandersetzten, geworfen werden, um den gemeinsamen Nenner der verschiedenen Aussagen über diesen politisch-ideellen Gegenstand zu finden, bevor in einem abschließenden Resümee der Frage nachgegangen wird, ob es sich beim Comeback des Ordnungsbegriffs »Elite« um eine bloße Wiederkehr längst etablierter Bestände des politisch-sozialen Meinungs-wissens handelte oder um eine tiefere ideengeschichtliche Zäsur, die einem weiterreichenden Wandel der politischen Ideen in der Bundesrepublik Bahn brach.

Dieses Untersuchungsprogramm zeigt sich deutlich der von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael entwickelten »Nach dem Boom«-These verpflichtet, die das Ende der Nachkriegszeit aus einer Reihe von Strukturbrüchen erklärt, welche sowohl ökonomisch die Prosperitätsphase nach 1945/50 als auch politisch-ideell eine von Konsensvorstellungen geprägte, gleichermaßen fortschritts- wie sicherheitsorientierte Ära beendeten und eine Epoche beginnen ließen, in der eher wirtschaftsliberale (»neoliberale«) Optionen das politische Handeln bestimmten und deren Zeitdiagnosen und politische Leitbegriffe die Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums zum Zentralwert erhoben.⁵ In dieser Perspektive stellt sich die Frage, ob es sich beim Comeback der Elite um einen solchen ideengeschichtlichen Strukturbruch handelte, der mithalf, ein »sozialdemokratisches Jahrzehnt« zu beenden, und in dessen Semantik in die Zukunft gerichtete, neue politische Ordnungsideen zu erkennen sind, oder ob die konservativen und liberal-konservativen

5 Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008, S. 10f. Vgl. *dies.*, Der Epochenbruch in den 1970er Jahren. Thesen zur Phänomenologie und den Wirkungen des Strukturwandels »nach dem Boom«, in: Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hrsg.), Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitswelten, Bonn 2011, S. 25–40; Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis zur Gegenwart, München 2009; Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

Gegenentwürfe zu den Partizipationsforderungen der 1960er und 1970er Jahre lediglich eine ideengeschichtliche »Rückwärtsbewegung« ausdrückten.⁶

Bislang überwogen in der Forschung zu den 1970er und 1980er Jahren Perspektiven, die auf den Niedergang der Institutionen, Ideen, Sozialgruppen, Konstellationen und Arrangements der Boom-Epoche gerichtet waren, was sich in den Titeln der einschlägigen Werke überdeutlich ablesen lässt: »Das Ende der Zuversicht«, »Abschied vom Provisorium«, »Die große Ernüchterung«.⁷ Der »Nach dem Boom«-Ansatz verspricht dagegen, die Umbrüche in den Zeitdiagnosen und den Wandel politisch-ideeller Leitbegriffe zukunfts offen konzipieren zu können, auch wenn ein treffendes Label, eine materiale Bestimmung der Konturen der »Nach dem Boom«-Epoche noch fehlt. In der spezifischen Ausformung der Elite-Doxa, so lautet die These dieser Studie, manifestierte sich jedenfalls das ideengeschichtlich »Neue« der späten 1970er und 1980er Jahre. Der Wandel der Elite-Semantik war Teil jenes Wandels der Leitbegriffe und Zeitdiagnosen, die auch der Artikulation der politischen Ziele eine neue Richtung gaben und so den »Wandel des Politischen« ausdrückten.

Die empirische Grundlage der Untersuchung besteht einerseits aus den betreffenden Artikeln der großen überregionalen Zeitungen und Zeitschriften der Bundesrepublik (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, »Der SPIEGEL«, »Die ZEIT«, Rheinischer Merkur, »Die Welt«), daneben auch aus publizistischen Einzelveröffentlichungen, andererseits aus den Beiträgen der empirischen Elitenforschung dieser Zeit. Zur quantifizierenden Analyse wurde ein Quellenkorpus aus den leicht erschließbaren Artikeln der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gebildet. Hier sollten das »Comeback der Elite« und der »Wandel des Politischen« greifbar werden.

I. DIE VERBREITUNG DER ELITE-DOXA IN DEN 1960ER UND 1970ER JAHREN

Die Geschichte der Elite-Doxa war in den 1960er Jahren zunächst dadurch gekennzeichnet, dass sie sich wesentlich verwissenschaftlichte. Bis zum Anfang des Jahrzehnts hatten fast ausschließlich⁸ Modelle einer homogenen Wert- und Charakter-Elite die westdeutschen Debatten bestimmt, die Ausdruck und Medium eines hohen Konsens- und Konformitätsdrucks waren. Nicht immer die Absicht, wohl aber die soziale Logik dieser Erörterungen bestand darin, den westdeutschen Herrschafts- und Funktionsträgern, die seit 1945 in einem weitgehend verwandelten politischen, politisch-ideellen und rechtlichen Umfeld zu operieren hatten, ein neues Orientierungs- und Handlungswissen und neue Legitimationsweisen und »Rechtfertigungslogiken«⁹ zur Verfügung zu stellen. Denn hier ist an das

6 So ließen sich etwa die Argumente von Bernd Faulenbach und von Axel Schildt verstehen; vgl. *Bernd Faulenbach*, Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?, in: Afs 44, 2004, S. 1–37; *Axel Schildt*, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: ebd., S. 449–478.

7 *Konrad H. Jarausch* (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006; *Tim Schanetzky*, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007. Vgl. auch das Kapitel »gedämpfte Erwartungen« in *Tony Judts* europäischer Geschichte der Nachkriegszeit: *Tony Judt*, Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, München 2005.

8 Die Ausnahme stellt das Konzept der politischen Funktionselite des Politologen Otto Stammer dar, das in den 1950er Jahren die außerakademische Öffentlichkeit aber nicht erreichte. Ausländische Elite-Modelle – selbst diejenigen emigrierter deutscher Autoren wie etwa Karl Mannheim – wurden praktisch ignoriert. *Otto Stammer*, Das Elitenproblem in der Demokratie, in: *Schmollers Jahrbuch* 71, 1951, H. 5, S. 1–28.

9 *Luv Boltanski/Eve Chiapello*, Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2003.

enorme Legitimationspotenzial der Elite-Doxa zu erinnern. Kaum jemand hat dieses Potenzial besser – allerdings zustimmend und völlig unkritisch – ausgedrückt als James Burnham, der in paretianischer Tradition die Begriffe »Elite« und »Herrschende Klasse« synonym verwendete:

»Stärke und Schwäche einer Nation, ihre Kultur, ihre Ausdauer, ihre Blütezeit und ihr Verfall, alles hängt in erster Linie vom Wesen ihrer herrschenden Klasse ab. Noch genauer gesagt, um eine Nation studieren und verstehen zu können, um vorauszusagen, was geschehen wird, bedarf es vor allem und in erster Linie einer Analyse ihrer herrschenden Klasse. Politische Geschichte und politische Wissenschaft sind somit vorwiegend Geschichte und Wissenschaft der herrschenden Klassen, ihres Ursprungs, ihrer Entwicklung, Zusammensetzung, Struktur und Veränderung.«¹⁰

Anders gesagt, wenn das Wohl und Wehe einer jeden Gesellschaft hauptsächlich von ihrer Elite abhing, dann war deren Machtakkumulation und Privilegierung wohl in Einzelfällen, etwa bei Übertretung bestimmter Konventionen, nicht aber grundsätzlich zu kritisieren. Aus diesem Grund beinhaltete die Elite-Doxa für die Mitglieder der Elite ein wichtiges und sehr großes Legitimationspotenzial.

Gleichzeitig manifestierte sich in der spezifischen Ausformung der Elite-Doxa der 1950er und 1960er Jahre mit der Dominanz von Modellen einer Wert- und Charakter-Elite eine kulturell begründete Ablehnung ihres politisch-ideellen Antipoden, der »Massen-Gesellschaft«, einerseits die allmähliche Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie durch den deutschen Konservatismus und andererseits die vorübergehende Aufgabe der Idee des freien Spiels der gesellschaftlichen (nicht nur der ökonomischen) Kräfte im deutschen Liberalismus zugunsten eher konformistischer Ordnungsvorstellungen (etwa bei Wilhelm Röpke).¹¹ Die Konvergenz dieser beiden Bewegungen mündete gewissermaßen in den Elite-Begriff und ermöglichte auf diese Weise längerfristig die Annäherung dieser seit dem 19. Jahrhundert miteinander rivalisierenden politischen Strömungen.

Eine eigenständige, das heißt ihre Fragestellungen und Methoden nicht aus den außerwissenschaftlichen Bedürfnissen nach Meinungswissen ableitende sozialwissenschaftliche Elitenforschung etablierte sich erst im Verlauf der 1960er Jahre, entfaltete aber schnell erhebliche Rückwirkungen in eine breitere Öffentlichkeit hinein. Die Verwissenschaftlichung der Elite-Doxa erfolgte einerseits durch sozialwissenschaftliche Grundlagenarbeiten, die aus unterschiedlichen Perspektiven heraus den bis dahin als wissenschaftlich-analytische Kategorie in Deutschland gerade nicht etablierten Elite-Begriff ihren akademischen Disziplinen anverwandelten¹², und andererseits durch den Ideenimport aus dem englischsprachigen Ausland, dessen Forschungsstand jetzt erst in der Bundesrepublik wahrgenommen wurde.¹³ Ihren Abschluss fand diese Phase mit der Veröffentlichung des Buchs »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland« von Ralf Dahrendorf, in dem der damalige Starsoziologe den nunmehr wissenschaftlich konsekrierten Elite-Begriff zum Angelpunkt einer umfassenden Deutung der neueren deutschen Geschichte machte, um eine Antwort auf die Frage zu geben, weshalb sich in Deutschland bis zu diesem Zeitpunkt (also 1965) keine liberale Demokratie etabliert habe.¹⁴ Indem Dahrendorf erfolg-

10 James Burnham, *Die Machiavellisten. Verteidiger der Freiheit*, Zürich 1949, S. 113f. (Zitate wurden an die neue Rechtschreibung angeglichen).

11 Reitmayer, *Elite*, S. 213–236; ders., Traditionen konservativen Elitedenkens in der Adenauerzeit, in: Michael Hochgeschwender (Hrsg.), *Epoche im Widerspruch. Ideelle und kulturelle Umbrüche in der Adenauerzeit*, Bonn 2011, S. 27–51.

12 Urs Jaeggi, *Die gesellschaftliche Elite. Eine Studie zum Problem der sozialen Macht*, 2., erw. Aufl., Bern/Stuttgart 1967 (zuerst Bern 1959); Hans Peter Dreitzel, *Elitebegriff und Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse*, Stuttgart 1962; Wolfgang Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919–1961*, München 1965.

13 Reitmayer, *Elite*, S. 517–533.

14 Michael Prinz, Ralf Dahrendorfs »Gesellschaft und Demokratie« als epochenübergreifende Interpretation des Nationalsozialismus, in: Matthias Frese/Michael Prinz (Hrsg.), *Politische*

reich¹⁵ die deutschen Eliten ins Zentrum seiner liberaldemokratischen Zeitdiagnose stellte, immunisierte er den Begriff gegenüber Angriffen der politischen Linken am Vorabend der Studentenrevolte, denn »Elite« konnte jetzt auch die selbst ernannten Avantgarden beschreiben, die die Bundesrepublik in eine liberale oder sozialistische Richtung hin verändern wollten. Folgerichtig wandte sich die aufbegehrende 68er-Bewegung semantisch zunächst nicht gegen die westdeutsche »Elite«, sondern gegen das »Establishment« als Kurzformel für die Vorstellung eines sozialexklusiven und eng verflochtenen Kreises der Inhaber von Machtpositionen in Politik, Wirtschaft und Kultur.¹⁶ Allerdings verschob sich diese semantische Konfliktlinie um 1970 herum zu einer Renaissance der Klassenterminologie, sodass nun die »Herrschende Klasse« oder bündig »das Kapital« zum Ziel der politisch-ideellen Angriffe von Studierenden, Wissenschaftlern und Publizisten wurde.¹⁷ Dieser Prozess berührte nicht unbedingt den Bedeutungsgehalt, wohl aber die dominierende Konnotation des Elite-Begriffs in der Bundesrepublik, der durch die synonyme Verwendung von »Elite«, »Herrschender Klasse«, »Bourgeoisie« und »Kapital« die semantische Verbindung zu den voluntaristischen Vorstellungen von politischer Avantgarde und gesellschaftlicher Liberalisierung verlor. Nirgends wird diese synonyme Verwendungsweise der Begriffe so augenfällig wie im »Kursbuch«, dem publizistischen Flaggschiff der westdeutschen Neuen Linken. Hier finden sich in der Nummer 42 aus dem Jahr 1975 unter dem Rahmenthema »Unsere Bourgeoisie« Beiträge mit sprechenden Titeln: »Unsere B. [Bourgeoisie]« von Alfons Scharf; »Bürgerliche Attrappen« (Ellen von Friedeburg); »Dossier. Unsere Bourgeoisie. Materialien zur Naturgeschichte und zum Sozialcharakter der in Deutschland herrschenden Klasse« (Karl Markus Michel); »Eure Elite« (Bernt Engelman); »Kapitalfraktionen. Thesen zur Analyse der herrschenden Klasse« (Rudolf Hickel); »Bourgeoisie in Frankreich« (Ernst Gerhards); »Die neuen Kleider der Bourgeoisie« (Pierre Bourdieu und Yvette Delsaut); »Eine Bourgeoisie in Zement« (Vittoria Alliata).¹⁸

Erst mit dieser neuen semantischen Frontstellung war die Voraussetzung für eine konservative Inanspruchnahme des Elite-Begriffs, wie sie dann in den 1980er Jahren erfolgte, gegeben. Dazwischen lag die oben erwähnte »Flaute« in der Verwendung des Begriffs während der 1970er Jahre, als zwar die empirische Elitenforschung vor allem in der Politikwissenschaft durchaus weitergeführt wurde, dies aber nur geringe Auswirkungen auf die politische Sprache zeitigte. Die Ursache hierfür lag auch in der deutlich geringeren Präsenz der sozialwissenschaftlichen Elitenforschung in der politisch-publizistischen Öffentlichkeit. Ihr gelang es in den 1970er Jahren eben nicht, ihre wissenschaftlichen Anliegen (die sich zugegebenermaßen häufig in der Rekonstruktion eines ausschnitthaften So-

Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 755–777.

15 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965. Das Buch erlebte bis 1975 nahezu jährlich eine neue Auflage.

16 Joachim Scharloth, *Die Sprache der Revolte. Linke Wörter und avantgardistische Kommunikationsstile*, in: Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.), 1968. *Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*, Stuttgart 2007, S. 223–234; Klaus Hofmeier, *Lieben Sie Establishment?*, Köln 1968; Siegfried Jäger, *Linke Wörter: Einige Bemerkungen zur Sprache der APO*, in: *Muttersprache* 80, 1970, S. 85–107; Gerhard Strauß/Ulrike Hass/Gisela Haras, *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch*, Berlin/New York 1989, S. 134–142; Thomas Niehr, *Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext*, Wiesbaden 1993, S. 181–188; Barbara Brunotte, *Rebellion im Wort. Eine zeitgeschichtliche Dokumentation*, Frankfurt am Main 1973.

17 Ablesbar etwa an den sprachlichen Verschiebungen der Arbeiten von Urs Jaeggi, *Die gesellschaftliche Elite; ders., Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main/Hamburg 1969; *ders., Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 1973.

18 *Unsere Bourgeoisie* (Kursbuch, Nr. 42), Berlin 1975.

zial- und Einstellungsprofils erschöpfen) mit den Orientierungsbedürfnissen einer weiteren politischen Öffentlichkeit zu verbinden, wie es Ralf Dahrendorf in den 1960er Jahren geradezu paradigmatisch vorexerziert hatte.¹⁹ Dieser hatte seinerzeit nichts weniger als eine Antwort auf die »deutsche Frage« – der politischen Frage in Westdeutschland schlechthin – versprochen, und eine gewaltige Resonanz erzielt. Diese Antwort gab er dann mittels neuester Auskünfte zu den deutschen Eliten. Demgegenüber musste das Echo auf Veranstaltungen zum Thema »Brauchen wir noch Eliten?« wie im Jahr 1977²⁰ selbst bei hochkarätiger Besetzung (unter anderem Hartmut von Hentig, Ludwig von Friedeburg) geradezu zwangsläufig dünn ausfallen. Tatsächlich präsentieren sich die 1970er Jahre ideengeschichtlich zwar nicht als ein »sozialdemokratisches Jahrzehnt«²¹, sicherlich aber als eine Dekade verstärkter und vor allem neuer Partizipationsforderungen sowie pluralistischer, auch partikularer und mitunter auch konfligierender Mitsprache-, Teilhabe- und Autonomieansprüche sowohl breiter Bevölkerungsschichten (oder derer, die sich als ihre Repräsentanten verstanden) als auch diverser Minderheiten, die im Horizont der Elite-Doxa gar nicht formulierbar waren.²² Deshalb fehlte es in den *high seventies* (um Arthur Marwick²³ zu paraphrasieren) einfach an Möglichkeiten, zeitdiagnostische Fragen im Lichte der Elitenforschung zu beantworten. Erst die Reaktionen auf diese Ansprüche, die teilweise als »konservative Tendenzwende«²⁴ antraten, ließen den Elite-Begriff zu einem sinnvollen Instrument in der politischen Sprache werden.

II. KONJUNKTUREN DES ELITE-BEGRIFFS AM BEISPIEL DER FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG

Ein erster Überblick über die Konjunktoren des Elite-Begriffs in den 1970er und 1980er Jahren lässt sich anhand einer Analyse der Verwendung des Terminus in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dem bürgerlichen Leitmedium par excellence, verschaffen. Hier vollzog sich anschaulich der begriffliche Wandel in der politischen Sprache innerhalb der Ideenhorizonte verschiedener Spektren von Liberalismus und Konservatismus. Und hier werden bereits die politisch-ideellen Kräfte sichtbar, die diesen Wandel vorantrieben. Erneut sollen dabei die Konstellationen der 1970er Jahre die Hintergrundfolie des Wandels abgeben.

Schon rein quantitativ unterschieden sich die 1970er Jahre von den 1980er Jahren hinsichtlich der Verwendung des Elite-Begriffs in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Erschienen zwischen 1970 und 1979 insgesamt 30 Artikel, in den das Wort »Elite« beziehungsweise »Eliten« im Titelbereich auftauchte, so waren es zwischen 1980 und 1989 nicht weniger als 64. Der Jahresdurchschnitt verdoppelte sich also; in letzten Jahr der »alten« Bundesrepublik, also 1990, erschienen sogar elf solcher Artikel.²⁵ Allerdings ist hier eine Einschränkung vorzunehmen: Insgesamt erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zwischen 1970 und 1990 nicht weniger als 258 Artikel mit dem Wort »Elite« im Titelbereich, von denen allerdings nur 105 gezählt wurden, weil in den übrigen 153 (also

19 *Reitmayer*, *Elite*, S. 533–560.

20 *Wissens-Kapitalisten?*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1.3.1977, S. 8; *Brauchen wir noch Eliten?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.2.1977, S. 19.

21 *Faulenbach*, *Die Siebzigerjahre*.

22 Vgl. die Beiträge im *Archiv für Sozialgeschichte* 44, 2004 zum Rahmenthema »Die Siebzigerjahre«; daneben *Jarausch*, *Das Ende der Zuversicht?*; *Doering-Manteuffel/Raphael*, *Nach dem Boom*.

23 *Arthur Marwick*, *The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy and the United States, c. 1958 – c. 1974*, Oxford 1998.

24 Vgl. *Schildt*, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«.

25 Eigene Berechnungen; auch für das Folgende.

bei rund 60%) der Elite-Begriff in Zusammenhang mit Sportlern und Sportereignissen verwendet wurde. Dieses gewissermaßen subkutane, unterhalb der Wahrnehmungsebene der politischen Semantik erfolgte Einsickern des Elite-Begriffs in den sprachlichen Horizont der Leserschaft – besonders in Berichten über den prestigereichen Pferdesport, bei dem der Terminus sowohl die Leistung der Pferde und Jockeys als auch die Siegespreise, die Gestüte und ihre Besitzer sowie die soziale Qualität der Zuschauerschaft bezeichnen konnte – kann hier jedoch aufgrund der offensichtlichen methodischen Schwierigkeiten nicht berücksichtigt werden.

Eine Untergliederung der Dekaden erlaubt sodann eine noch präzisere zeitliche Einordnung. Wählt man zur Vermeidung von Zufälligkeiten Fünfjahresschritte, so steigt die Verwendung des Elite-Begriffs bis Mitte der 1980er Jahre deutlich an: Durchschnittlich erschienen bis 1974 jährlich nur 2,4 entsprechende Artikel, bis 1979 schon 3,6 und im Jahrfünft von 1980 bis 1984 sogar 7,8 – um in der letzten Periode bis 1989 auf immerhin noch 5,0 abzusinken. Das Jahr 1984 markierte mit 15 Artikeln deutlich den Höhepunkt der Konjunktur. Bevor wir uns dem unmittelbaren Anlass des 1984er-Booms zuwenden, soll jedoch noch eine genauere Aufschlüsselung des statistischen Materials erfolgen.

Ordnet man die Elite-Artikel einfachen Themengebieten zu, so fällt nicht nur auf, dass es das Bildungssystem war, auf das sich die meisten Elite-Erörterungen bezogen (in 42 von 93 Fällen)²⁶, sondern auch, dass in den 1970er Jahren der Elite-Begriff häufiger im Zusammenhang mit den schönen Künsten und anderen Phänomenen der kulturellen Produktion verwendet wurde (zwölf gegenüber zehn Artikeln zum Bildungssystem). Dieser Bezug verschwand nach 1980 jedoch weitgehend. Der Befund deutet auf eine relativ schwache Politisierung oder politische Aufladung des Elite-Begriffs und damit auf eine geringere politisch-ideelle Brisanz und Relevanz im Erörterungsraum der Frankfurter Allgemeinen Zeitung während der 1970er Jahre hin. In den 1980er Jahren dagegen dominierte die Einbindung des Elite-Begriffs in die politisch stark aufgeladenen Auseinandersetzungen über Probleme des westdeutschen Bildungssystems, vor allem die Probleme des Hochschulwesens.²⁷ In diesen Artikeln diente der Elite-Begriff ganz überwiegend zur politischen Denunziation des Hochschulausbaus und der Bildungsexpansion als »Vermausung« des höheren Bildungswesens (»Massenuniversität«), der die Forderung nach der (Wieder-)Erschaffung einer akademischen Elite gegenübergestellt wurde. Auf diesen Zusammenhang wird noch zurückzukommen sein.

Einen analogen zahlenmäßigen Verlauf nahm die Verwendung des Elite-Begriffs zur Bezeichnung für Personengruppen des ökonomischen Felds (»Wirtschaftselite«). In den 1970er Jahren findet sich diese Verbindung gar nicht, um dann in den 1980er Jahren regelmäßig Anwendung zu finden.²⁸ Dies ist insofern bemerkenswert, als die symbolischen Angriffe der studentischen Neuen Linken auf die Unternehmerschaft während der 1970er Jahre sicherlich heftiger gewesen sind als im Folgejahrzehnt und der Elite-Begriff theoretisch nutzbar zur Abwehr dieser Attacken gewesen wäre. Doch gerade die dafür geeignete Deutung der Unternehmer als Leistungselite hatte sich offenbar noch nicht ausreichend etabliert. Erst zu Beginn der 1980er Jahre erschienen Beiträge, die die Vorstellung einer unternehmerischen Leistungselite ausdrücklich gegen »linke Ideologen« ins Feld führten und aus der Bestenauslese bei den Führungsnachwuchskräften einen Elite-An-

26 Einerseits wurden hier Artikel mehreren Themengebieten zugeordnet, andererseits ließen sich einige Artikel gar keinem derartigen Themengebiet zuordnen, weshalb die Anzahl dieser Zuordnungen nicht mit derjenigen der Artikel übereinstimmt.

27 *Silke Hahn*, Zwischen Re-education und Zweiter Bildungsreform. Die Sprache der Bildungspolitik in der öffentlichen Diskussion, in: *Georg Stötzel/Martin Wengeler* (Hrsg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin/New York 1995, S. 163–209.

28 Insgesamt 17 von 93 Nennungen.

spruch für das gesamte Unternehmen ableiteten.²⁹ Dieser Nachweis des Zusammenhangs zwischen individuellen, aber vergleichbaren Leistungswerten und dem Besetzen und Halten der unternehmerischen Spitzenpositionen – methodisch im strengen Sinn schwierig und bis in die Gegenwart empirisch nicht befriedigend gelöst³⁰ – war wissenschaftlich abgesichert (noch) nicht geführt und auf der Ebene des Meinungswissens – der »Elite-Doxa« – in den 1970er Jahren noch nicht verbreitet. Tatsächlich setzte sich das Modell der Leistungselite in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung breitenwirksam erst zu Beginn der 1980er Jahre durch, und zwar bezogen auf das Bildungssystem, nicht auf die Unternehmerschaft. Und auch diese Bewegung war zwar heftig, aber nur von kurzer Dauer: Im Wesentlichen handelte es sich um Artikel aus den Jahren 1981 bis 1984. Der Tenor dieser Artikel bestand allerdings nicht darin, das Bildungssystem für seine Leistungsfähigkeit in Forschung und Lehre und damit für seine erfolgreiche Elitenbildung zu loben, sondern lautete umgekehrt, die Hochschulen müssten – wieder – in die Lage versetzt werden, an frühere Erfolge anzuknüpfen, wobei die Ursache allen Übels nicht in der Vertreibung und Ermordung jüdischer, liberaler und sozialistischer Wissenschaftler nach 1933 (als des Verlusts von Spitzenkräften) gesehen wurde³¹, sondern umgekehrt in der Ausweitung des Zugangs zu universitärer Bildung in den 1960er und 1970er Jahren sowie in der vermeintlich egalitären Militanz einiger lautstarker Studierendengruppen.

Interessanterweise verzichteten diese Beiträge auch darauf, Maßnahmen zur besseren Vergleichbarkeit der von den Studierenden und Lehrenden erbrachten Leistungen einzufordern – etwa die Einführung eines Concours-Systems nach französischem Vorbild, Evaluationen, und vor allem ein transparenter Kriterienkatalog zur Bewertung von Leistungen – um dieses Problem des dezentralisierten deutschen Hochschulwesens zu lösen.

Systematischer Wettbewerb als Movens und transparente Vergleichbarkeit der Leistungen (immerhin theoretisch denkbare Möglichkeiten zur Bewältigung der »Überfüllungskrise« der westdeutschen Hochschulen) stellten keine strukturpolitischen Ziele dar. Traditierte Strukturen sollten offenbar keinesfalls angetastet werden. »Leistung« als Konstituens des Elite-Status (aus der letztlich ja auch materielle Privilegierung abgeleitet wurde) speiste sich in diesem Horizont allein aus der Kombination von intrinsischer Motivation und kontingenter Begabung und stellte insofern eher ein erneuertes Modell des in den 1950er Jahren dominierenden Konzepts der Wert- und Charakter-Elite dar. Relative Intransparenz und individualisierte Überprüfung der Leistungen versprachen offenbar eine höhere Statussicherheit als konkurrenzbasierende Modelle.

Entsprechend häufiger und seit etwa 1980 vor allem viel konstanter in seiner Verbreitung war das Modell der Qualitäten-Elite³², und zwar sowohl bezogen auf das Bildungssystem als auch auf die Unternehmerschaft und die Akteure im Feld der schönen Künste. Dieser Befund ist ideengeschichtlich durchaus von einiger Relevanz. Mit »Qualitäten-Elite« ist hier zunächst einmal gemeint, dass sich der Elite-Status bestimmten individuellen Eigenschaften verdankte. Das bedeutete in aller Regel, besonders talentierte jüngere Menschen (»Hochbegabte«) als zukünftige Elite anzusehen. Das besondere bildungspolitische Interesse an einer kleinen Zahl von gewissermaßen »von Natur aus« außergewöhnlichen und – so die Hoffnung – zu Außergewöhnlichem befähigten Individuen, deren

29 Anton Szöllösi, Elite und Leistung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.9.1980, S. 11; Selex. Elite in Zeiten der Gleichmacherei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.5.1981, S. 16.

30 Vgl. die entsprechenden Bemerkungen bereits bei Dreitzel, Elitebegriff und Sozialstruktur, S. 79–87 (»Das Leistungswissen als Auslesekriterium«).

31 Andersorts wurde auf diesen Zusammenhang durchaus hingewiesen; vgl. Joachim Nettelbeck, Das Wissenschaftskolleg zu Berlin. Konzeption und Intentionen, in: Karl Ermert (Hrsg.), Eliteförderung und Demokratie. Sollen, können, dürfen deutsche Hochschulen Eliten bilden?, Tagung vom 22. – 24. Mai 1981, Loccum 1981, S. 34–46, hier: S. 37.

32 34 gegenüber bloß 24 Zuordnungen zu Modellen der Leistungselite (insgesamt 101 Zuordnungen); eigene Berechnungen.

Existenz auf den ersten Blick sozialen Bedingungen entrückt zu sein schien, ist erklärungsbedürftig. Denn nicht die bestmögliche Förderung und damit das individuelle Wohl dieser Menschen war das Thema jener Erörterungen, sondern der optimierte Einsatz dieser wenigen besonders Befähigten für die spätere westdeutsche Wirtschaft und Kultur. Doch die Leistungsprofile des höheren Bildungssystems auf diese unkalkulierbare Minderheit auszurichten und die eigenen Erwartungen an den zukünftigen wissenschaftlich-technischen und vor allem den ökonomischen Fortschritt vor allem an diese Gruppe zu richten, erscheint rückblickend auf den ersten Blick wenig plausibel zu sein. Dieses Interesse stellte jedoch die politisch-ideelle Konsequenz aus zwei nicht miteinander zu vereinbarenden, aber aus den »Weltwollungen« (Karl Mannheim) der Autoren jener Artikel nach Vereinigung drängenden Meinungsgewissheiten dar: erstens der Sorge um die zukünftige wirtschaftliche Prosperität, die bei ausbleibendem oder jedenfalls zu geringem Nachwuchs von höchster wissenschaftlich-technischer Qualifikation gefährdet zu sein schien; mit unabsehbaren Folgen für den Wohlstand der Bundesrepublik (dieses Argument wird unten weiter ausgeführt). Die zweite Meinungsgewissheit bestand in der Ablehnung einer quantitativen Steigerung des »Output« der westdeutschen Universitäten, mit anderen Worten in der Ablehnung der Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre sowie der damit zusammenhängenden soziokulturellen und politischen Folgen der Studentenrevolte, die teils als Vorbedingung, teils als Konsequenz der Bildungsexpansion gesehen wurde. Die Bildungsexpansion hatte in dieser Sichtweise zu einer »Akademikerschwemme« geführt, die den Sozialstatus der akademisch gebildeten Happy Few, zumindest aber den ihrer Nachkommen, die sich in ihrer Karriere einer verstärkten Konkurrenz ausgesetzt sehen würden, bedrohte. Kurz gesagt, man wollte mehr Wissen (aus Angst vor dem wirtschaftlichen Niedergang der Bundesrepublik), aber nicht mehr Wissende (aus Angst um die Bildungs- und Wohlstandsprivilegien der eigenen Schicht). Diese doppelte Statusangst, oder besser, dieses Doublebind, führte zu der Suche nach Möglichkeiten, die Wissensproduktion der Hochschulen zu erhöhen, ohne mehr Hochschulabsolventen zu produzieren. Hochbegabte Studierende versprachen genau diese Möglichkeit.

Neben diesen beiden Elite-Konzepten – Elite-Individuen als Inhaber besonderer persönlicher Qualitäten und Elite-Mitglieder als besondere Leistungsträger – tauchten noch andere Elite-Vorstellungen in den Artikeln der Frankfurter Allgemeinen Zeitung auf, wenn auch weitaus seltener. Vor allem in den 1970er Jahren erschienen Beiträge, in denen mit dem Elite-Begriff eine besonders privilegierte Schicht bezeichnet wurde; allerdings beraubte eine solche Verwendungsweise die derart titulierte Sozialgruppe all der oben erläuterten Legitimationseffekte, die mit dem Elite-Begriff sonst verbunden waren. Dies ist vermutlich auch die Ursache für die absolut marginale Verwendung von Konzepten einer Machtelite. Und so finden sich diese Elite-Vorstellungen vor allem in für die westdeutsche Gesellschaft politisch-ideell unbedenklichen Auslandsreportagen.³³ Noch seltener waren Begriffsverwendungen, die auf weitere Elite-Modelle hinweisen, etwa die Elite als Avantgarde (am ehesten noch in Artikeln über kulturelle Produktion)³⁴, Elite als Funktionselite in einem strengeren Sinn³⁵ oder aber Elite als Gruppe von durch Wertbindungen und Charaktermerkmale ausgezeichnete Individuen; letztgenanntes Modell hatte immerhin die Elite-Diskussionen der 1950er Jahre dominiert.³⁶ Häufiger³⁷, aber ohne politische Aufladung, erschienen rein positional gedachte Bedeutungen des Elite-Begriffs.

33 Elite und Demokratie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.2.1972, S. 11; Englands neue Elite, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.1.1975, S. 20.

34 Fanatische Killer halten sich für die Elite, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.3.1975, S. 3; Elite, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.5.1978, S. 25; Statt einer Oligarchie eine Elite, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.7.1984, S. 10.

35 Ohne Eliten geht es nicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.11.1988, S. 1.

36 *Reitmayer*, Elite, S. 148–189.

Der Elite-Begriff als Ausdruck einer gedachten politisch-sozialen Ordnung erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung während der 1980er Jahre also nicht nur weitaus häufiger als in den 1970er Jahren, er veränderte auch seinen Bedeutungsgehalt insofern, als er in weitaus stärker politisch aufgeladenen Bedeutungszusammenhängen verwendet wurde. Vor allem waren es Probleme des Bildungssystems und hier besonders Auseinandersetzungen um die Rolle der Universitäten, die aus der Öffnung des Hochschulzugangs sowie aus der Politisierung eines Teils der Studierendenschaft im Gefolge der 68er-Bewegung resultierten, die im Horizont des Elite-Begriffs gedeutet und als Bedrohung der akademisch vermittelten Elite-Bildung kritisiert wurden.

III. DIE EMPFEHLUNG DES WISSENSCHAFTSRATS VOM MAI 1981

Kaum ein anderer Einzelbeitrag entfaltete während des Untersuchungszeitraums größere Auswirkungen auf die Elite-Diskussion als die Empfehlung des Wissenschaftsrats »zur Förderung besonders Befähigter« aus dem Jahr 1981.³⁸ In bildungsgeschichtlicher Perspektive ist diese Episode bereits von Silke Hahn begriffsgeschichtlich untersucht worden.³⁹ Im Unterschied dazu geht es hier jedoch nicht um die Bedeutung des Fahnensworts »Elite« für die Geschichte des westdeutschen Bildungswesens, sondern umgekehrt um die Relevanz des Themenfelds »Bildungspolitik« für die Ausbreitung des Ordnungsbegriffs »Elite«. Denn erst die Auseinandersetzung um jenes bildungs- und wissenschaftspolitische Strategiepapier verhalf dem Elite-Begriff zu seinem außerordentlichen Comeback in die politische Sprache der Bundesrepublik. Die öffentliche Resonanz auf dieses wissenschaftsoffizielle Dokument war enorm: Im Bundestag richtete die CDU/CSU-Fraktion eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung bezüglich der »Notwendigkeit von Elitebildung in der Wissenschaft«⁴⁰, die Frankfurter Rundschau veröffentlichte den vollständigen endgültigen Text der Empfehlung (frühe Fassungen kursierten offenbar halb öffentlich über ein Jahr vor der Publikation der offiziellen »Empfehlung«)⁴¹, alle wichtigen Tages- und Wochenzeitungen diskutierten die Empfehlung⁴², und die Evangelische Akademie in Loccum organisierte sofort – die Schlussfassung der Empfehlung lag bei Konferenzbeginn erst rund eine Woche vor – eine hochkarätig besetzte Tagung zum Thema »Elitebildung an den westdeutschen Hochschulen«.⁴³ Dabei waren die im Papier des Wissen-

37 11 von 101 Zuordnungen.

38 Empfehlung zur Förderung besonders Befähigter vom 15.5.1981, in: Empfehlungen und Stellungnahmen des Wissenschaftsrates 1981, Drucksache 5307/81, S. 70–79.

39 Hahn, Zwischen Re-education und Zweiter Bildungsreform, S. 197–205.

40 »Wir fragen deshalb die Bundesregierung: 1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausführung des Wissenschaftsrates zur Notwendigkeit von Elitebildung in der Wissenschaft im Sinne einer ›bewussten Förderung derer, von denen außerordentliche Leistungen zu erwarten sind‹, und wie steht die Bundesregierung zum Begriff einer wissenschaftlichen Elite?«, Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/683, 21.1.1981, Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer et al. und der Fraktion der CDU/CSU.

41 »... vor allem die Pflege des der Wissenschaft eigenen Ethos«, in: Frankfurter Rundschau, 1.6.1981, S. 10–11.

42 Tritt ein für Eliten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.7.1980, S. 10; Elite, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.5.1981, S. 12; Hermann Rudolph, Elite. Ein Begriff kehrt wieder. Exzellenz ist das Unterfutter der Egalität, in: Die ZEIT, 30.5.1980, S. 1; Hans Joas, Die Sehnsucht nach dem noblen Gelehrtendasein, in: Frankfurter Rundschau, 24.12.1981, S. 11.

43 Ermert, Eliteförderung und Demokratie. Auf der Tagung sprachen unter anderem Peter Graf Kielmansegg für den Wissenschaftsrat, Joachim Nettelbeck für das Wissenschaftskolleg zu Berlin, der Bremer Senator für Wissenschaft und Kunst (Horst-Werner Franke), der leitende Ministerialrat Dietrich Bächler vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus,

schaftsrats geäußerten Empfehlungen (»Maßnahmen«) und ihre »Grundsätze« vergleichsweise unspektakulär. Der Wissenschaftsrat empfahl den Universitäten, Veranstaltungen für Studienanfänger in Form kleinerer Lerngruppen sowie Sommerschulen als Ergänzung eines zunehmend reglementierten Curriculums durchzuführen.⁴⁴ Weiterhin sollten der Wettbewerb zwischen Fakultäten, Fächergruppen und Einzelfächern deren Leistungsfähigkeit in Forschung und Lehre steigern und die Hochschulen mehr Autonomie bei der Ausstattung von Neuberufungen erhalten. Auslandsaufenthalte und Aufbaustudiengänge sollten den Studierenden die Vertiefung ihrer Kenntnisse ermöglichen, Auszeichnungen für besondere Leistungen die Studierenden weiter anspornen. Abschließend wurde die Rolle der Begabtenförderungswerke (damals noch: »Hochbegabtenförderungswerke«) der Kirchen und der »Studienstiftung des deutschen Volkes« besonders hervorgehoben.

Diese Empfehlungen als solche waren keineswegs geeignet, dem Papier des Wissenschaftsrats besondere Aufmerksamkeit zu sichern und Aufregung zu erzeugen. Politisch-ideeller Zündstoff verbarg sich vielmehr zum einen in den kurzen Vorbemerkungen der Empfehlung, zum anderen in dem durchgehenden Verweis auf die Auslese der besonders begabten Studenten (in den einschlägigen Texten wurde stets die maskuline Form verallgemeinert verwendet, wobei vieles dafür spricht, dass Studentinnen tatsächlich selten zu den »besonders Talentierten« und damit Förderungswürdigen gerechnet wurden) durch die Hochschullehrer, die als »besondere Verpflichtung« letzterer bezeichnet wurde. Die Vorbemerkungen wiederum verwiesen auf die »Notwendigkeit der Elitebildung« an den Universitäten:

»Jedes Gemeinwesen ist, um gedeihen und Herausforderungen bestehen zu können, auf ein hohes Qualifikations- und Leistungsniveau der gesamten Bevölkerung, darüber hinaus in allen Bereichen immer wieder auf herausragende Leistungen einzelner und kleiner Gruppen angewiesen, darauf also, dass es Menschen gibt, die bereit und fähig sind, Außerordentliches zu leisten – in der Politik und in der Verwaltung, in der Industrie, in den freien Berufen, im Handwerk, in den Gewerkschaften, in der Wissenschaft und in der Schule.«⁴⁵

Auch wenn hier wie im gesamten Text durchaus versucht wurde, die Förderung der besonderen »Talente« mit der notwendigen Breitenbildung zu verkoppeln oder beide zumindest nicht gegeneinander ausspielbar zu machen, mussten diese Empfehlungen mindestens wie eine partielle Kursänderung der Hochschulpolitik wirken, nämlich als Einschränkung, wenn nicht sogar als Aufgabe des Primats der Breitenbildung, und zwar gerade zu einer Zeit, in der die Strukturprobleme des westdeutschen Hochschulausbaus angesichts der nicht Schritt haltenden Vergrößerung der Lehrkapazitäten mehr als deutlich zutage traten. Und in der Tat wies der Politikwissenschaftler Peter Graf von Kielmansegg als Mitglied – wenn auch nicht als Sprecher – des Wissenschaftsrats in Loccum darauf hin, dass die Empfehlung eine Reaktion des Rats auf die »Zielorientierung« der Bildungspolitik der zurückliegenden 15 Jahre gewesen sei, die er mit den Begriffen »Expansion« und »Chancengleichheit« charakterisierte.⁴⁶ Der Wissenschaftsrat habe diesen Prozess durchaus selbst mit vorangetrieben, halte es nun aber für notwendig, »das ganze Spektrum der Vielfalt von Aufgaben des Bildungssystems wieder deutlicher in den Blick zu bringen«, was um so notwendiger sei, als in den kommenden Jahren (und hier verwendete Kielmansegg eine wundervolle Metapher der Massen-Doxa als Kontrapunkt zum Elite-

ein Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (Matthias Schütz) sowie der Präsident der Universität Würzburg und Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz Theodor Berchem.

44 Empfehlung zur Förderung besonders Befähigter, S. 76–79 (auch für das Folgende).

45 Ebd., S. 71.

46 Peter Graf von Kielmansegg, Grundsatzdiskussion und Stellungnahmen zu den »Empfehlungen zur Förderung besonders Befähigter«, in: *Ermert, Eliteförderung und Demokratie*, S. 47–55, hier: S. 48f.

Begriff) »eine noch gewaltigere *Studentenlawine* über sie [die Hochschulen] hinwegrollen wird als im vergangenen Jahrzehnt«. ⁴⁷ Gerade diese Spannung zwischen dem Bekenntnis zur Auslese und damit der Förderung einer Minderheit einerseits und den Defiziten der »Massenuniversitäten« andererseits wurde in der folgenden Berichterstattung immer wieder aufgegriffen und trieb die Elite-Rhetorik weiter voran.

Dabei hatte sich zunächst sogar der Wissenschaftsrat selbst die Frage gestellt, welcher inhaltliche Zusammenhang zwischen den geforderten Einzelmaßnahmen (also den Auslandssemestern, Sommerschulen für Studierende und anderen) und dem Elite-Begriff denn bestünde. Und hier war Kielmanseggs Antwort geradezu entwaffnend: Der Wissenschaftsrat hatte, gerade angesichts des eher unspektakulären Maßnahmenpakets, ein Reizwort verwendet, um Aufmerksamkeit zu erzeugen:

»In einer Öffentlichkeit, die ständig mit vielen, aufregenden Themen beschäftigt ist, muss man sich etwas einfallen lassen, um Gehör zu finden. Und es erschien uns leichter, mit unserem Thema Gehör zu finden, wenn wir auch in der Wortwahl den Versuch einer gelinden Provokation unternähmen.« ⁴⁸

Außerdem sei es schließlich um die Spitzengruppe der Studierenden gegangen, dies habe man deutlich herausstellen wollen, obwohl Kielmansegg insistierte, dass die besonders begabten Studierenden noch keine Elite darstellten; dies könnten sie erst nach ihrem Studium durch berufliche Leistung und Verantwortungsübernahme werden. ⁴⁹

Obendrein machte die vollkommen fehlende Problematisierung des Begriffs der »Begabung« im Papier des Wissenschaftsrats – also des Prinzips der Qualitäten-Elite – und die alleinige und ganz individuell zu handhabende Zuständigkeit der Universitätsprofessoren für die Auswahl der als »begabt« geltenden Studenten das Prozedere der Auslese weder transparent noch vergleich- und kontrollierbar und musste so fast zwangsläufig das Misstrauen schüren, hier werde ein bildungspolitischer Rollback-Versuch, der Abkehr von der Breitenbildung gestartet. ⁵⁰ Und der Herausgeber des Rheinischen Merkur, Otto B. Roegele, propagierte unter der Überschrift »Elite ist nicht mehr Tabu« einen solchen Paradigmenwechsel: Es müsse »unser gesamtes Bildungssystem unter ein neues Vorzeichen gestellt werden [...] die Förderung der möglichst vielen durch die Auslese der wirklich Begabten, Leistungsfähigen und Leistungswilligen ersetzt werden.« ⁵¹

Der bayerische Ministerialrat Dietrich Bächler beispielsweise tat in Loccum alles, um dieses Misstrauen zu schüren: Zwar erklärte er, man könne das Papier des Wissenschaftsrats »nicht als Restauration oder roll-back denunzieren«. ⁵² Doch ansonsten artikulierte Bächler auf knappstem Raum gewissermaßen alle denkbaren Topoi des konservativen Meinungswissens ⁵³ zum Bildungswesen: Für die Malaisen des westdeutschen Bildungssystems sah er den »linken Flügel unseres bildungspolitischen Spektrums« als verantwortlich an (und keine Strukturprobleme, etwa den steigenden ökonomischen Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Arbeitskräften gegenüber der strukturellen Unterfinanzierung des Bildungswesens), denn die von diesem »Spektrum« geforderte »soziale Öffnung« des Hochschulzugangs habe nur dahin geführt, dass »sozial offenbar bedeutet, dass

47 Ebd., S. 49 (Hervorhebung nicht im Original).

48 Ebd., S. 50.

49 Ebd., S. 49–51.

50 Dies vermutete beispielsweise der Leiter des Referats Hochschule und Forschung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, *Gerd Köhler*, Grundsatzdiskussion und Stellungnahmen zu den »Empfehlungen zur Förderung besonders Befähigter«, in: *Ermert*, Eliteförderung und Demokratie, S. 79–87, hier: S. 81f.

51 *Otto B. Roegele*, Elite ist nicht mehr Tabu, in: *Rheinischer Merkur/Christ und Welt*, 1.8.1980, S. 1.

52 *Dietrich Bächler*, Grundsatzdiskussion und Stellungnahmen zu den »Empfehlungen zur Förderung besonders Befähigter«, in: *Ermert*, Eliteförderung und Demokratie, S. 60–63, hier: S. 61.

53 *Reitmayer*, Traditionen konservativen Elitedenkens in der Adenauerzeit, S. 27–51.

nach dem Abitur nicht mehr gefragt wird.«⁵⁴ Diese Naturalisierung ungleicher Bildungschancen erschien Bächler dabei genauso selbstverständlich wie die gleich weiter unten zu erörternde Notwendigkeit von Eliten in der Demokratie. Bei ihm war der Topos von der Notwendigkeit der Elite aufs Engste verkoppelt mit der Vorstellung einer natürlichen Ungleichheit der menschlichen Begabungen und daraus folgend auch ihrer Bildungschancen und erhielt auf diese Weise eine ausgesprochen antiegalitäre Stoßrichtung.

Und schließlich sah Bächler die Qualität der »besonderen Befähigung« – und damit die soziale Qualität des Elite-Status – als ausschließlich von der Natur bedingt, und weil »die Natur nicht gerecht ist und Begabung höchst ungleich verteilt« – dies sei schließlich eine »Binsenweisheit« – sei das Ansinnen, hier eine ausgleichende soziale Gerechtigkeit zu schaffen, genauso sinnlos wie der Versuch »Mozart das Komponieren [zu] verbieten [...], damit Salieri nicht in seinem Selbstwertgefühl beeinträchtigt wird.«⁵⁵ Hier nahm Bächler also ein Genie in Anspruch für die These der naturgewollten Ungleichheit – ein scheinbar unschlagbares Argument, das allerdings nur den Kern der Debatte verdeckte, in der es nicht um Verbote, sondern um Ressourcenallokationen ging.

Letzteres tritt am deutlichsten zutage in dem Diskussionsbeitrag des Romanisten Theodor Berchem, Präsident der Universität Würzburg und Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der durch seine Positionen prädestiniert war, die Interessen der Hochschullehrerschaft zu vertreten (weshalb ihm der ebenfalls in Loccum anwesende Vertreter des Hochschulverbands, Hans-Ulrich Harter, in den zentralen Punkten ausdrücklich beipflichtete).⁵⁶ Berchem schilderte ausführlich die Probleme der Überfüllung der Hochschulen und prognostizierte einen weiteren Anstieg der Studierendenzahlen von einer Million auf rund 1,35 Millionen bis 1988, womit er deutlich realistischer prognostizierte als Bächler, der mit einem Rückgang rechnete⁵⁷ (tatsächlich waren es 1990 bereits 1,52 Millionen⁵⁸): Das »inflationäre Anwachsen der Studentenzahlen« habe zur Anonymisierung der Beziehungen zwischen Dozenten und Studierenden geführt, zur Bürokratisierung der Studienverläufe und last, not least zu erheblichen Beeinträchtigungen der Forschung. Angesichts dieser Problemlagen erschien Berchem eine Orientierung an Elite-Vorstellungen offensichtlich als Schlüssel zur Lösung der universitären Überfüllungskrise: Einerseits empfahl er nämlich, möglichst viele Abiturienten vom Hochschulbesuch abzuschrecken⁵⁹, andererseits eine Konzentration auf die Auslese der Begabten. Dies schien ihm aus zwei Gründen gerechtfertigt: erstens wegen der »naturegebenen Ungleichheit« (also mit dem gleichen Argument wie sein bayerischer Mitstreiter Bächler), die »kein Bildungssystem der Welt aufheben« könne; »es sei denn, durch eine Reduzierung der Leistungsansprüche auf das Niveau der Schwächsten«⁶⁰ – und zweitens angesichts der sozialökonomischen Anforderungen an die westdeutsche Gesellschaft:

»Um den gegenwärtigen Standard unseres Landes halten und die gesellschaftlichen und geistigen Probleme meistern zu können, die sich aus dem Wandel der Zeit ergeben, sind wir auf die Spitzen-

54 Bächler, Grundsatzdiskussion, S. 60f.

55 Ebd., S. 60–63.

56 Theodor Berchem, Grundsatzdiskussion und Stellungnahmen zu den »Empfehlungen zur Förderung besonders Befähigter«, in: Ermert, Eliteförderung und Demokratie, S. 67–73; Hans-Ulrich Harten, Grundsatzdiskussion und Stellungnahmen zu den »Empfehlungen zur Förderung besonders Befähigter«, in: Ermert, Eliteförderung und Demokratie, S. 88–90.

57 Bächler, Grundsatzdiskussion, S. 60.

58 Christoph Führ, Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945, in: Christoph Führ/Carl-Ludwig Furck (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. 1945 bis zur Gegenwart, Bd. VI/1: Bundesrepublik Deutschland, München 1998, S. 1–24, hier: S. 21; Christoph Oehler, Die Hochschulentwicklung nach 1945, in: ebd., S. 412–446.

59 Berchem, Grundsatzdiskussion, S. 71.

60 Ebd., S. 69.

leistung einer bestens funktionierenden Minderheit angewiesen, auch um unseren sozialen Standard zu halten.«⁶¹

Wenn also ohnehin das Gedeihen einer Gesellschaft von den Leistungen einer kleinen Minderheit abhing – und dieses Axiom stellte bekanntlich den Kern der Elite-Doxa dar –, dann erschien es sinnvoll, die ohnehin knappen Ressourcen des Bildungssystems auf die Auslese dieser Minderheit zu konzentrieren.⁶²

Eben darum sprach beispielsweise Bächler über die Elite im Modus der Evidenz als Ausdruck vollkommener doxischer Gewissheit:

»Diese Frage [...] (ob eine Demokratie überhaupt Eliten benötigt und verträgt) zu bejahen[,] erscheint mir so *selbstverständlich*, dass ich mich allenfalls darüber wundern konnte, in welchem trotzigen Bekennton die ersten Entwerfer des Wissenschaftsratspapiers diese *Selbstverständlichkeit* formuliert haben, als müsse man sich verteidigen gegen die Hüter der reinen Lehre von der Gleichheit.«⁶³

Der logische Status des Elite-Begriffs in diesen Ausführungen zum Bildungssystem bestand offensichtlich nicht allein in der Rechtfertigung einer stärkeren Leistungsauslese und allgemein einer Reallokation der Ressourcen der Hochschulen. Vielmehr stellte die Elite-Doxa für konservative und liberale Hochschullehrer und -politiker eine Art Erzeugungsprinzip für Aussagen und Praktiken im und für den Wissenschaftsbetrieb dar, das angesichts der von ihnen als Überfüllungskrise wahrgenommenen Situation an den Universitäten weitgehend einheitliche Vorschläge zur Lösung jener Krise und zu den Aufgaben der einzelnen universitären Statusgruppen hervorbrachte, die im Wesentlichen auf eine Stärkung der Position der Ordinarien hinausliefen. Gleichzeitig machte die Diskussion über die Überfüllungskrise der Hochschulen und die Vorschläge zur Problemlösung die Aktivierung der Elite-Doxa attraktiv und sorgte für ihre weite Verbreitung in der politischen Sprache.⁶⁴

Die weitergehende Relevanz dieser Auseinandersetzungen besteht deshalb darin, dass hier im Horizont konservativer Gesellschaftsvorstellungen die Verschränkung von Bekenntnissen zur universitären Elite-Bildung mit den Sorgen um die sozialökonomische Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft sowie mit dem Glauben an die Steigerung der Leistungskraft der Hochschulen durch eine Stärkung des Konkurrenzprinzips erfolgte. Diese Forderungen nach Elite-Bildung durch Konkurrenz und deren Dynamiken – statt durch Vererbung, ständische Anschließung und durch das Stillstellen sozialen Wandels – stellte ganz offensichtlich eine nicht unerhebliche Verschiebung in der Produktion konservativen Meinungswissens dar.⁶⁵

IV. DIE GENSCHER-DEBATTE UND DIE KRITIK AN DEN 68ERN UND DER BILDUNGS-EXPANSION

Nächst der Debatte um das Papier des Wissenschaftsrats stand der Elite-Begriff während der 1980er Jahre im Zentrum einer zweiten Auseinandersetzung: der Kontroverse um

61 Ebd., S. 68.

62 Diese Position hatte sich bereits auf einem deutsch-schweizerisch-österreichischen Rektoren-treffen im März 1980 herauskristallisiert. Vgl. Die Massenuniversität und die Qualität der Ausbildung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.3.1980, S. 6.

63 *Bächler*, Grundsatzdiskussion, S. 62 (Hervorhebungen nicht im Original).

64 Vgl. etwa den Artikel »über Chancen und Eliten bei der Rektorenkonferenz in Darmstadt« von *Kurt Reumann*, Aus der Kreuzung von Pferd und Esel geht nur ein unfruchtbares Maultier hervor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.5.1983, S. 3.

65 Vgl. *Panaïotis Kondylis*, Konservatismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986, S. 355–373.

den Vorstoß des damaligen Außenministers und FDP-Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher. Dieser hatte im Dezember 1983 zunächst in einer Rede vor den Arbeitgeberverbänden und eine Woche später noch einmal in einem Brief an die Mitglieder der FDP-Führungsgremien und die Mandatsträger der Partei für die Einrichtung von Elite-Hochschulen geworben, um einer sich seiner Meinung nach abzeichnenden Innovationskrise der deutschen Industrie wirksam zu begegnen.⁶⁶ Auf der einen Seite standen Genschers Äußerungen damit im Kontext der in den frühen 1980er Jahren heftig diskutierten und teilweise hysterisch formulierten (und seitdem periodisch wiederkehrenden) Warnungen vor einem technologischen Abstieg der westdeutschen und darüber hinaus der westeuropäischen Industriegesellschaften⁶⁷ »auf dem Weg in den Untergang« (Genscher).⁶⁸ Urheber von Genschers Rede war denn auch der auf diesem Feld einschlägig operierende damalige Planungschef im Auswärtigen Amt, Konrad Seitz. Hier wetterten internationale Experten und materiell Interessierte gegen den vermeintlichen deutschen Hang zu Technikfeindlichkeit und Fortschrittspessimismus, propagierten eine gezielte Elite-Förderung und forderten die deutschen Arbeitnehmer auf, endlich einzusehen, dass »ihre Löhne zu hoch und die Gewinne der Unternehmer »viel zu gering« seien. Andererseits handelte es sich bei Genschers Vorschlägen um eine gezielte wahlkampfaktische Aktion.

Im Zentrum von Genschers Vorschlag stand ein Triptychon aus wirtschaftsliberalen Vorstellungen von »Elite«, »Konkurrenz« und »Leistung«, gepaart mit einem Bekenntnis zur sozialen Ungleichheit.⁶⁹ Den Ausgangspunkt bildete dabei die Vorstellung, mehr Wettbewerb im Bildungssystem würde den anscheinend ins Stocken geratenen Innovationsprozess wieder in Gang setzen: »Wir brauchen die Konkurrenz zwischen privaten und öffentlichen Hochschulen; das wird auch den staatlichen Bildungseinrichtungen neue Impulse geben.«⁷⁰ Deshalb sei »die Förderung privater Universitäten und privater Schulen [...] ein Gebot der Stunde«. Denn Genscher war sich sicher: »Wir werden zu Spitzenleistungen in der Forschung nur wieder in ausreichendem Maße gelangen, wenn wir Elite-Universitäten schaffen, wie sie die Vereinigten Staaten, Japan, Großbritannien und Frankreich ganz selbstverständlich haben«, und schlug als erste Maßnahmen die Einrichtung zweier »Elite-Institute« zur industrienahen Erforschung von Mikro- und Optoelektronik sowie der Biotechnologie vor. Angesichts der wie immer knappen Ressourcen des Bildungssystems forderte er, man müsse »den Mut haben, die uneingeschränkte Lehr- und Lernmittelfreiheit [die 1983/84 keineswegs bestand] infrage zu stellen, damit genügend öffentliche Mittel vorhanden sein könnten«. Auch wenn Genscher versprach, die eingesparten Gelder sollten Jugendlichen zugutekommen, »denen es an den materiellen Voraussetzungen fehle«⁷¹, so war doch offensichtlich, dass hier staatliche Leistungen, von denen in erster Linie einkommensschwache Familien profitierten, zugunsten der Förderung sehr kleiner Minderheiten – auch Genscher sprach ausdrücklich von den »Hochbegabten« als Zielgruppe der Elite-Universitäten – eingestellt werden sollten. Diese Minderheit der besonders Begabten bezeichnete auch Genscher als »Elite« (auch er verwendete damit einen

66 Streit in der FDP um die Elite-Ausbildung stört das Wahlkampfkonzept, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.1.1984, S. 4.

67 Malte Buschbeck, Der Ruf nach Spitzenleistungen, in: Süddeutsche Zeitung, 3.1.1981, S. 4.

68 Ein bißchen Mao, in: Der SPIEGEL, 9.1.1984, S. 28–30 (auch für das Folgende), Zitat S. 28.

69 Streit in der FDP um die Elite-Ausbildung (auch für das Folgende).

70 Der Glaube an die effizienzsteigernden Effekte des Wettbewerbs war mindestens in Teilen der Hochschulwelt durchaus verbreitet (wie das Papier des Wissenschaftsrats ja gezeigt hat), auch wenn in aller Regel nicht erörtert wurde, auf welchen Ebenen (zwischen ganzen Universitäten, Einfächern, Fächergruppen und Fakultäten oder einfach zwischen Professoren) das Konkurrenzprinzip wirken sollte. Vgl. etwa Michael Klopfer, Die Spitze der Bildungspyramide, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.1.1981, S. 8; In Koblenz soll die »Elite« studieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.1.1984, S. 11.

71 An dieser Stelle blieb offen, ob damit Studiengebühren an Elite-Hochschulen gemeint waren.

Begriff der Qualitäten-Elite), wobei er sich einer Unterscheidung bediente, die seit den 1950er Jahren dazu diente, das jeweils eigene Elite-Konzept gegen Kritik zu immunisieren, nämlich der Unterscheidung zwischen demokratiefeindlichen und demokratiekompatiblen oder sogar demokratieförderlichen Elite-Begriffen: »Geld- und Standeseliten haben in der demokratischen Gesellschaft keinen Platz.«⁷² Diese Unterscheidung wurde häufig erweitert oder präzisiert durch das Hinzufügen weiterer Attribute, indem die als demokratietauglich bezeichneten Eliten als sozial offen im Zugang und als fluide im sozialen Aggregatzustand gedacht wurden, während nur die im Zugang geschlossenen und sozial zu »Kasten« verfestigten Eliten als demokratieavers angesehen wurden.⁷³

Diese Unterscheidung konnte jedoch auch als gleichsam normative Schlussfolgerung verwendet werden: Dann folgte aus der Feststellung, dass die Bundesrepublik eine funktionierende Demokratie war, dass ihre Eliten gar nicht undemokratisch sein konnten. Diese Verschiebung und die daraus folgende Zweideutigkeit treten beispielsweise in dem erwähnten Loccumer Vortrag von Theodor Berchem zutage, der eingangs seines Referats feststellte:

»Das Wort Elite ist in unserem Land noch immer so sehr von Affekten umwittert und mit Tabus behaftet, dass es schwerfällt, emotionsfrei und sachlich über den Begriff zu reflektieren [...]. Ein Blick in die einschlägigen Handbücher der Soziologie macht offenkundig, dass es an einer angemessenen Definition dessen, was in der heutigen Gesellschaft unter Elite zu verstehen ist, fehlt. Eher besteht schon Übereinstimmung darüber, was nicht darunter zu verstehen sei, nämlich eine Elite der überkommenen Vorrechte, eine durch Herkunft, Vermögen oder sonstwie privilegierten Klasse. Eliten in unserer Zeit sind vielmehr weitgehend durchlässige, offene Gruppen mit laufender Kommunikation zwischen oben und unten, in der jeder mittels Qualifikation und Leistung vordringen kann.«⁷⁴

Genschers Abgrenzungsargument war also bereits in die Diskussion eingeführt. Deshalb konnte er umstandslos einen Begriff der Leistungselite verwenden, um seinen Argumentationsbogen – von der Angst vor einem technologischen Rückstand namentlich gegenüber Japan und den Vereinigten Staaten über den Glauben an die effizienzsteigernde Wirkung von Konkurrenz unter den Hochschulen hin zur Forderung nach der Einrichtung von Elite-Universitäten – zu spannen: »Wer ja sagt zur Leistungsgesellschaft[,] muss auch ja sagen zu Leistungseliten.«⁷⁵

Wie ernst gemeint Genschers Vorstoß war, ist nicht zu rekonstruieren. Auf jeden Fall war er eingebettet in seinen Versuch, die im Gefolge der »Wende« von 1982 schwächelnden Liberalen auf dem Feld der Bildungspolitik stärker zu positionieren und dies zum Thema der anstehenden Landtagswahlkämpfe zu machen.⁷⁶ Zum Medienereignis wurde Genschers Vorstoß jedoch erst, als sich innerhalb der eigenen Partei wie beim Koalitionspartner Widerstand gegen seine Pläne regte. Der RCDS bezeichnete Genschers Vorstoß als »Irrweg«, und selbst der egalitären Neigungen unverdächtige bayerische Kultusminister Hans Maier sprach sich gegen Genschers Vorschlag aus.⁷⁷ Doch schon Mitte Januar 1984 galt die wichtigste innerparteiliche Kritikerin des bildungspolitischen Kurses Genschers, Hildegard Hamm-Brücher, als »isoliert.«⁷⁸ Offensichtlich hatte die Verwendung

72 Streit in der FDP um die Elite-Ausbildung.

73 Joachim Nettelbeck, Grundsatzdiskussion und Stellungnahmen zu den »Empfehlungen zur Förderung besonders Befähigter«, in: *Ermert*, Eliteförderung und Demokratie, S. 42–45; *Bächler*, Grundsatzdiskussion, S. 62f.; *Szöllösi*, Elite und Leistung, unter ausdrücklicher Berufung auf die Empfehlung des Wissenschaftsrats.

74 *Berchem*, Grundsatzdiskussion, S. 67.

75 Streit in der FDP um die Elite-Ausbildung.

76 *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 154–171.

77 Maier gegen Elite-Hochschulen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.1.1984, S. 4; *Geburtenschwund und Schulpolitik. Die Kultusminister unter Einigungszwang*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.2.1984, S. 2.

78 Die FDP braucht einen neuen Generalsekretär, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.1.1984, S. 3.

des Elite-Begriffs Genschers Vorschläge eine politische und mediale Aufmerksamkeit beschert, die diesen bei der Beschränkung auf die angestrebte Gründung zweier Forschungsinstitute wohl kaum zuteilgeworden wäre. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass dem FDP-Bundesvorsitzenden bewusst war, dass die Fragen des Wettbewerbs zwischen staatlichen und privaten Hochschulen in den Kompetenzbereich der Bundesländer fielen. Es ist also naheliegend, im Gebrauch des Elite-Begriffs auf dem Feld der Bildungspolitik einen strategischen Einsatz zur Gewinnung von Aufmerksamkeit zu sehen, nicht anders als es Graf Kielmansegg hinsichtlich der Empfehlung des Wissenschaftsrats offen zugegeben hatte.

Dabei wäre es allerdings irrig anzunehmen, der Elite-Begriff sei ein Reizwort gewesen, das allein negative Reaktionen hervorgerufen hätte. Wie oben dargestellt wurde, stellte er im akademischen Feld geradezu einen Schlüssel zur Lösung universitärer Probleme dar (die auch von Genschers Kritikern nicht geleugnet wurden⁷⁹) und war deshalb zumindest für große Teile der Hochschullehrerschaft attraktiv, und dasselbe ist auch für weite Teile der Gymnasiallehrerschaft anzunehmen, die mit analogen Problemen zu kämpfen hatte. Der mittlerweile zum Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz avancierte Theodor Berchem zum Beispiel nannte Genschers Vorschlag »eine interessante, im Prinzip zu bejahende Idee«, die allerdings aus Kostengründen kaum zu verwirklichen sei.⁸⁰

Doch nicht nur strukturelle Problemlagen, die auf die Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre zurückgeführt wurden, machten den Elite-Begriff, vor allem in seiner »gereinigten« Form der Leistungselite, attraktiv.

Denn nicht nur als Paradigma zur Lösung struktureller Problemlagen, die auf die Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre zurückgeführt wurden, und als technokratische Wunschvorstellung zur Stärkung des Innovationsstandorts (West-)Deutschland fand der Elite-Begriff, vor allem in seiner scheinbar politisch »gereinigten« Variante der Leistungselite, Verwendung. Einerseits war zwar gerade der Begriff der Leistungselite zumindest dem Inhalt (wenn auch nicht immer dem Wort) nach dasjenige Elite-Konzept, das partei- und milieuübergreifend die größte Zustimmung fand.⁸¹ Andererseits diente der Begriff der Leistungselite immer wieder zum Angriff auf verschiedene soziokulturelle und soziopolitische Folgen jener Bildungsexpansion sowie der Studentenrevolte. Diese Angriffe wurden zum Teil oben bereits erläutert, nämlich die Behauptung, die starke Zunahme der Studierendenzahlen habe bereits strukturell zu einer Verminderung der Qualität in Forschung und Lehre führen müssen. Über diese Entgegensetzung von Quantität und Qualität hinaus wurden aber auch neue pädagogische Konzepte und ganz allgemein veränderte Einstellungen gegenüber Pflicht- und Akzeptanzwerten verantwortlich gemacht für eine Untergrabung des Elite konstituierenden Leistungsprinzips und damit der Grundlage moderner Gesellschaften schlechthin:

»Auch jene, die sich bewusst anti-egalitär geben, können das Leben nur aushalten, weil sie verstohlen auf jene Reserven zurückgreifen, die sie offiziell bekämpfen oder leugnen. Jenes Minimum an

79 *Stefan Hüfner*, Wird nach der Demokratie jetzt die Ausbildung von Eliten verordnet?, in: Frankfurter Rundschau, 9.2.1984, S. 13.

80 Wer trägt die Kosten für Elite-Hochschulen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.1.1984, S. 4.

81 *Peter Glotz*, Die Linke und die Elite, in: Der SPIEGEL, 13.10.1980, S. 48–49 (Es »wäre eine Verleugnung der Realität, wenn man die Rolle leugnete, die nach wie vor der einzelne, kreative Forscher im Forschungsprozess spielt. [...] Um so dringlicher ist der Kampf um offene Eliten, gegen die Abschließung von Führungsschichten zu Kasten.«, ebd., S. 48); *Björn Engholm*, Der diskrete Charme der Elite, in: Der SPIEGEL, 20.2.1984, S. 46–47 (»Wir brauchen die hervorragend Begabten, die besonders Leistungsfähigen, die Verantwortungsbereiten, die in Führungspositionen bestätigten Persönlichkeiten«, ebd., S. 47); *Robert Leicht*, Ganz schön elitär, in: Süddeutsche Zeitung, 6.3.1984, S. 4; *Christian Graf Krockow*, Gerechtfertigte Ungleichheit. Das Leistungsprinzip erfordert klare Maßstäbe, in: Die ZEIT, 8.2.1980, S. 63.

›Lebensqualität‹, auf das auch die Verächter der Zivilisation nicht verzichten wollen, ist *nur durch Leistungs-Eliten zu garantieren.*«⁸²

Auf der gleichen Linie argumentierte der Handelskammer-Syndikus Anton Szöllösi in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: Wer eine Demokratisierung der Wirtschaft oder eine Ausweitung der Mitbestimmung fordere, der beschädige mit dem hier waltenden Leistungsprinzip die politische Demokratie und die sozialökonomische Ordnung. Es sei daher »nur folgerichtig, wenn die neomarxistische, basisdemokratische und anarcho-syndikalistische Linke, die ›elitär‹ mit ›anti- oder undemokratisch‹ gleichsetzt, auch der auf Wettbewerb beruhenden sozialen Marktwirtschaft ›Konsumterror‹, ›Leistungszwang‹ oder gar ›Leistungsterror‹ und andere ›repressive‹ Merkmale sowie ›spätkapitalistische‹ Legitimationsschwierigkeiten nachsagt.«⁸³

Selbstverständlich formulierten nicht alle Autoren derart vulgär und die Differenzierungen der soziokulturellen Aufbrüche »nach dem Boom« verzeichnend. Doch vor allem drei Befunde dieses Ausschnitts der Eliten-Diskussion der 1980er Jahre erscheinen signifikant für die Relevanz des Elite-Begriffs in der politischen Sprache jener Zeit zu sein: erstens der politisch-mediale Aufmerksamkeitswert, der dem Gebrauch des Terminus »Elite« innewohnt. Zweitens die besondere Bedeutung des Konzepts der Leistungselite: Gerade weil das Leistungsprinzip in sämtlichen hier herangezogenen Aussagen zum Elite-Begriff als unumstößlich angesehen wurde, ließen sich mit dem Begriff der Leistungselite höchst wirkungsvoll jene Forderungen untermauern, die in den Augen ihrer Urheber darauf zielten, die Auswüchse der ökonomischen, kulturellen und politischen Partizipations- und Autonomieansprüche der beiden Vorjahrzehnte zurückzudrängen. Und drittens ist die Anschlussfähigkeit des wirtschaftsliberalen Credos aus »Elite«, »Konkurrenz« und »Leistung« an die oben erörterten konservativen Überlegungen festzuhalten.

V. EIN PANORAMABLICK AUF DIE ELITEN-DEBATTE DER 1980ER JAHRE

Selbstverständlich erschöpften sich die Erörterungen zum Elite-Thema während der 1980er Jahre nicht in den bis hierher untersuchten Auseinandersetzungen. Allerdings besaßen die meisten der diesbezüglichen Aussagen keinen gemeinsamen Zielpunkt; nur in Ausnahmefällen wie der Genscher-Debatte oder der Kontroverse um die Empfehlung des Wissenschaftsrats kreuzten sich die verschiedenen Stellungnahmen. Auch ist es wenig sinnvoll, diese quasi lexikalisch nach Topoi zu ordnen; vielmehr soll der Versuch unternommen werden, die verschiedenen Orte und Sprecher zu identifizieren und bei aller Disparität die gemeinsamen Erfahrungen, Axiome und Erwartungen zu rekonstruieren, die sich im Elite-Begriff bündelten.

Mindestens vier unterschiedliche Diskussionskreise müssen dabei unterschieden werden: erstens die wissenschaftliche empirische Elitenforschung, die hauptsächlich von der Politik gepflegt wurde; zweitens das Feld der Stellungnahmen aus der Unternehmerschaft; drittens eine linksliberale Strömung des politischen Journalismus und der Publizistik; und schließlich viertens die insgesamt dominierende konservativ-liberale Richtung.

Zu 1: Die akademischen Forschungen über die westdeutschen Eliten übten in der fraglichen Dekade alles in allem nur einen geringen Einfluss auf allgemeine politische Diskussionen aus; nicht zufällig waren Vertreter der empirischen Elitenforschung in den beiden oben dargestellten Auseinandersetzungen überhaupt nicht präsent! Der eine Grund für das verhältnismäßig geringe Interesse der breiteren politischen Öffentlichkeit an diesen Forschungsergebnissen dürfte in dem außerordentlich langwierigen Forschungsprozess der politikwissenschaftlichen Elitenforschung gelegen haben (die um 1970 auf die-

82 Gerd-Klaus Kaltenbrunner, *Elite. Erziehung für den Ernstfall*, Asendorf 1984, S. 27f. (Hervorhebung im Original).

83 Szöllösi, *Elite und Leistung*.

sem Feld die Soziologie beerbt hatte⁸⁴, was sich etwa an den Wissenschaftsbiografien von Soziologen wie Wolfgang Zapf und Erwin K. Scheuch zeigen ließe, die in den 1960er und 1970er Jahren Elitenforschung betrieben hatten beziehungsweise dies in den 1990er Jahren auch wieder taten⁸⁵). Die Ergebnisse der sogenannten »Bonner Elitestudie« von 1972 wurden erst um 1980 veröffentlicht; die Interpretation der Befunde aus der sogenannten »2. Mannheimer Elitestudie« von 1981 erst zu Beginn der 1990er Jahre. Dies war nicht zuletzt dem enormen empirischen Aufwand dieser Projekte geschuldet.⁸⁶ Alle diese Studien gingen davon aus, dass eine kleine Gruppe von 3.000 bis 3.500 Personen beziehungsweise Positionen die »Machtelite« der Bundesrepublik darstellte, und strebten tendenziell eine Totalerhebung an. Eine vorläufige Synthese dieser Projekte aus dem Jahr 1982 fand öffentlich keinen messbaren Niederschlag.⁸⁷

Mit der Ablösung der Soziologie durch die Politikwissenschaft auf diesem Forschungsfeld vollzog sich auch eine Akzentverlagerung auf die Betonung der kontinuierlichen Ausübung tendenziell politischer Macht auf nationaler Ebene durch die Elite.⁸⁸ Dies hatte zum einen zur Folge, dass nur ein kleiner Personenkreis zur Elite gezählt wurde (»Spitzenpositionen«). Zum anderen folgte aus der Betonung der Kategorie »Macht« die dominierende Verwendung des Begriffs der »Machtelite«, von dem aus keine politisch-semantische Brücke zu den in der politischen Öffentlichkeit verwendeten Konzepten einer Leistungselite zu schlagen war.

Ein weiterer Grund für den geringen Austausch bestand wohl in den recht selbstgenügsamen Untersuchungszielen dieser Großforschung, die im Wesentlichen durch die positivistische Leitfrage »Wer sind die Eliten der Bundesrepublik?«⁸⁹ (der Untertitel einer dieser Texte lautete: »Woher kommen sie? Was prägt sie? Was wollen sie?« und schlug damit gerade keine Brücke zu politisch-zeitdiagnostischen Themen)⁹⁰ gekennzeichnet war. Weiterreichende Wissensbedürfnisse, wie Dahrendorf sie durch die Verkoppelung der Untersuchung der Sozialstruktur von Eliten und dem von ihm als mangelhaft angesehenen Grad der Liberalität der Bundesrepublik bedient hatte, wurden in den 1980er Jahren von dieser Elitenforschung nicht gestillt. Positiv formuliert, bezog diese Elitenforschung ihre Fragestellungen und Methoden allein aus den sozialwissenschaftlichen Diskursen selbst – allerdings gelang es ihr damit nicht, weitere Aufmerksamkeit zu erlangen. Nur gelegentlich wandten sich ihre Protagonisten an eine breitere Öffentlichkeit; etwa als 1982 Rudolf Wildenmann, der Nestor der politikwissenschaftlichen Elitenforschung, in zwei Artikeln für die ZEIT Zwischenergebnisse präsentierte.⁹¹ Hätte der zweite dieser Beiträge nicht den Titel »Die Elite wünscht den Wechsel« getragen, das Interesse

84 Auch übten beispielsweise die Arbeiten Endruweits auf diese Forschung keinen Einfluss aus. Günter Endruweit, Elitebegriffe in den Sozialwissenschaften, in: Zeitschrift für Politik 26, 1979, S. 30–46; ders., Elite und Entwicklung. Theorie und Empirie zum Einfluss von Eliten auf Entwicklungsprozesse, Frankfurt am Main 1986.

85 Vgl. die Literatur bei Wolfgang Felber, Elitelforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1986.

86 Für die »Bonner Elitestudie« wurden 1.825 Interviews mit »Spitzenpositionsträgern« ausgewertet; für die »2. Mannheimer Elitestudie« 1.744. Ursula Hoffmann-Lange, Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik, Opladen 1992, S. 85f.; Rudolf Wildenmann/Max Kaase/Albrecht Kutteroff u. a., Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981, Mannheim 1982, S. 2–25.

87 Dietrich Herzog, Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung, Darmstadt 1982.

88 Hoffmann-Lange, Eliten, Macht und Konflikt, S. 19–34.

89 Exemplarisch Ursula Hoffmann-Lange, Wer gehört zur Machtelite der Bundesrepublik?, in: Georg Wehling, Eliten in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart/Berlin etc. 1990, S. 164–178.

90 Rudolf Wildenmann, Unsere oberen Dreitausend, in: Die ZEIT, 5.3.1982, S. 9–10.

91 Ebd.; ders., Die Elite wünscht den Wechsel, in: Die ZEIT, 12.3.1982, S. 6–7 (auch für das Folgende).

an den beiden staubtrockenen (zweifelsohne gründlichst erarbeiteten, aber eher in eine Fachzeitschrift passenden) Texten wäre wohl äußerst gering ausgefallen. Wildenmann porträtierte eine westdeutsche Positionselite von rund 3.000 »Spitzenpositionsträgern«, beschäftigte sich dabei ausführlich mit der Konfessionszugehörigkeit, und kam zu dem beruhigenden Ergebnis, dass die Grundwerte und Spielregeln der Demokratie von der bundesdeutschen Positionselite voll und ganz geteilt würden.⁹² »Die Herrschaftsformel der Bundesrepublik ist viel solider, als es sich in öffentlichen Diskussionen darstellt.«⁹³ Vor allem die Kompromissbereitschaft der Elitemitglieder wurde als besonderes Charakteristikum herausgestellt, und selbst die (betriebliche) Mitbestimmung werde ganz überwiegend akzeptiert, die Todesstrafe hingegen nicht. Dass schließlich eine Mehrheit dieser Positionselite im Frühjahr 1982 eine Koalition von CDU/CSU und FDP befürwortete, war kaum noch eine Überraschung. Es dürfte deutlich geworden sein, dass das Comeback der Elite in die politische Sprache der Bundesrepublik nicht von der wissenschaftlichen Elitenforschung ausging.

Zu 2: Deutlicher noch als in der Anzahl der einschlägigen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird an den Stellungnahmen im Raum der Unternehmerschaft offenbar, wie sehr die frühen 1980er Jahre ein »Comeback der Elite« beinhalteten. Allerdings bestanden zwischen diesen Stellungnahmen und den oben skizzierten Auseinandersetzungen nur wenige Berührungen. Akademie- oder sonstige halbwissenschaftliche Tagungen besaßen diesbezüglich in den 1980er Jahren nicht die hohe Relevanz wie in den 1950er und 1960er Jahren.⁹⁴ Das lag hauptsächlich daran, dass in den 1980er Jahren der Raum der Unternehmerschaft nicht von Strukturkonflikten und Anpassungszwängen im unternehmerischen Selbstverständnis durchzogen wurde, wie dies in den 1950er Jahren der Fall gewesen war.⁹⁵ Am ehesten erfolgten derartige Berührungen noch auf den Seiten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, etwa durch den bereits zitierten Artikel von Anton Szöllösi oder einen Beitrag des Hauptgeschäftsführers der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und späteren CDU-Bundestagsabgeordneten Ruprecht Vondran, der 1981 paradigmatisch das auf Wertbindungen, Charaktermerkmalen und der semantischen Transformation von »Machtbesitz und -ausübung« in »Verantwortungsübernahme« basierende Elite-Bild der Unternehmerschaft formulierte:

»Elite ist notwendiger Bestandteil jeder funktionsfähigen Gesellschaft. Es muss sie in allen Bereichen geben, nicht nur in der Wirtschaft [hier war für Vondran ihre Existenz offensichtlich evident], sondern ebenso in Kultur und Politik. Nur wer bereit ist, Spitzenleistungen zu erbringen, Verzicht und Durchhaltevermögen zu zeigen, ist dazu zu rechnen. Diese Minderheit unterscheidet sich von den vielen durch die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.«⁹⁶

92 Rund zehn Jahre zuvor hatte sich hier eine soziologische Studie noch deutlich skeptischer gezeigt; vgl. *Helge Pross/Karl W. Boetticher*, *Manager des Kapitalismus. Untersuchung über leitende Angestellte in Grossunternehmen*, Frankfurt am Main 1971.

93 *Wildenmann*, *Die Elite wünscht den Wechsel*, S. 7.

94 *Reitmayer*, *Elite*, S. 56–65 und 356–376.

95 Mit »Strukturkonflikten« sind hier politisch-symbolische Angriffe wie diejenigen von klein- und mittelständischen Unternehmern auf die Manager der großen Ruhrkonzerne über deren Arrangement mit den Bedingungen des Montanmitbestimmungsgesetzes gemeint, in denen Erstere den Letztgenannten absprachen, überhaupt »Unternehmer« zu sein. Vgl. *Reitmayer*, *Elite*, S. 324–356. Ausdrücklich nicht gemeint ist die Vorstellung, das relative Interesse von Unternehmern am Elite-Begriff sei eine bloße Widerspiegelung eines ökonomischen Strukturwandels. Einen zeitgeschichtsnahen Überblick über derartige Wandlungsprozesse geben *Friederike Sattler/Christoph Boyer* (Hrsg.), *European Economic Elites. Between a New Spirit of Capitalism and the Erosion of State Socialism*, Berlin 2009; *Friederike Sattler*, *Europäische Wirtschaftseliten? Unternehmensstrukturen, Sozialprofile und Leitbilder im beschleunigten Wandel seit den 1970er Jahren*, in: *AfS* 49, 2009, S. 63–106.

96 *Ruprecht Vondran*, *Der Geist des Dienens*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.7.1981, S. 11.

Den eigentlichen Auftakt zur unternehmerischen Elite-Diskussion machten 1978 und 1980 zwei vom arbeitgebernahen »Institut der deutschen Wirtschaft« herausgegebene Broschüren aus der Feder der Institutsmitarbeiterin Gabriele Wölke. Das erste der beiden Hefte beschäftigte sich mit den Spitzenuniversitäten in Großbritannien (»Oxbridge«), den Vereinigten Staaten (»ivy league«) und in Frankreich (»grandes écoles«) – insofern war der Titel der Schrift »Eliteschulen« etwas irreführend.⁹⁷ Die im Untertitel gestellte Frage »Kommt die Demokratie ohne Eliten aus?« wurde am Ende des Texts nicht eindeutig beantwortet. Vielleicht, so mutmaßte Wölke, sei die Zeit für die Gründung von »Elitehochschulen« in der Bundesrepublik einfach noch nicht reif. Jedenfalls übte diese Broschüre – ebenso wie die zweite – keinerlei Einfluss auf die Kontroverse um die Empfehlung des Wissenschaftsrats oder die Genscher-Debatte aus. Was das zweite Heft⁹⁸ anbetrifft, ist diese ausgebliebene Wirkung sogar noch bemerkenswerter, weil es einerseits den Stand der Debatte zum Elite-Begriff nicht schlechter zusammenfasste als andere journalistische oder publizistische Veröffentlichungen und andererseits recht ausführlich die anstehende Gründung des Berliner Wissenschaftskollegs kommentierte, welche in der Debatte um die Wissenschaftsrats-Empfehlung immerhin eine gewisse Rolle spielte. Aber da es sich bei den beiden Broschüren im Wesentlichen um Orientierungshilfen für Unternehmer handelte⁹⁹ und ihnen damit gewissermaßen auch die Persönlichkeit und Originalität der Argumente fehlte¹⁰⁰, wurden sie von den Journalisten und Wissenschaftlern offenbar nicht als relevant erachtet.

Das Gleiche dürfte für den kontinuierlichen Strom von Erörterungen gelten, der in der Wirtschaftspublizistik existierte, also in Zeitschriften wie dem »Arbeitgeber« oder der »Wirtschaftswoche«. Hier finden sich zwar nur wenige Beiträge, die den Elite-Begriff ausdrücklich als Fahnenwort verwendeten.¹⁰¹ Aber durch ihre Darstellung der – im Horizont der angenommenen Leserschaft relevanten – ökonomischen Abläufe als Resultate der Entscheidungen kleiner Minderheiten (nämlich der Geschäftsführungen) verbreiteten und bestätigten sie mit scheinbarer Evidenz das zentrale Basisaxiom der Elite-Doxa, dass nämlich das Wohlergehen jeder Gesellschaft und ihrer Teilbereiche vom Handeln einer kleinen Minderheit – der Elite – abhinge, im gesamten Raum der Unternehmerschaft.

Einige, wenn auch kritische Aufmerksamkeit fand ein im Jahr 1981 von der arbeitgebernahen Walter-Raymond-Stiftung veranstaltetes Symposium zum Thema »Elite – Zukunftsorientierung in der Demokratie«¹⁰², auf dem unter anderem der Schweizer Soziologe Walter Rüegg und die SPD-Politikerin Anke Fuchs als Redner auftraten. Die Süddeutsche Zeitung befand, »das Gespräch [...] scheiterte in vollkommener Disharmonie«¹⁰³, und machte die Konfrontation zwischen den Unternehmern und Professoren einerseits und der Staatssekretärin Anke Fuchs andererseits dafür verantwortlich. Die ausführlich dokumentierte Diskussion zu den Referaten macht deutlich, wie stark erstens in der Unternehmerschaft noch immer Modelle einer Wert- und Charakter-Elite auch zur Selbst-

97 Gabriele Wölke, *Eliteschulen. Kommt die Demokratie ohne Eliten aus?*, Köln 1978.

98 Gabriele Wölke, *Eliten in der Bundesrepublik. Zur Rückkehr eines Begriffs*, Köln 1980.

99 Die Hefte erschienen in der Reihe »Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik« des »Instituts der deutschen Wirtschaft« als Nr. 34 und Nr. 54, die ausdrücklich diese Funktion haben sollte.

100 Zu den Spielregeln und Kriterien publizistischer Produktion vgl. *Reitmayer*, *Elite*, S. 69–99.

101 Peter Waldmann, *Eliten in der modernen Industriegesellschaft*, in: *Der Arbeitgeber* 3, 1980, S. 117–118; Burkhard Wellmann, *Elite – Zukunftsorientierung in der Demokratie*, in: *Der Arbeitgeber* 7, 1981, S. 351–352; *Nachhilfe für Elite*, in: *Wirtschaftswoche*, 5.6.1987, S. 57–59; *Elite in der Idylle*, in: *Wirtschaftswoche*, 31.10.1987, S. 83–85.

102 *Elite. Zukunftsorientierung in der Demokratie* (Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 20), Köln 1982.

103 Malte Buschbeck, *Wenn Eliten nach Eliten rufen*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14./15.3.1981, S. 10.

beschreibung dominierten, in denen nicht die individuelle Leistung als solche Elite konstituierend gedacht wurde, sondern als Folge bestimmter Wertbindungen und Charaktermerkmale. Und zweitens zeigten die Ausführungen der anwesenden Hochschullehrer, wie sehr diese die Zunahme der Studierendenzahlen als Bedrohung und als krisenhaften Niveauverlust wahrnahmen. Der gemeinsame Nenner fast aller dieser Ausführungen lag in der Überzeugung, dass erstens der moderne Wohlfahrtsstaat sowohl systemisch als auch individuell-charakterlich dysfunktional geworden sei und Deformationen produziere, dass zweitens aus der studentischen und intellektuellen Linken, zu der ausdrücklich auch die Vertreter der »Kritischen Theorie« gerechnet wurden¹⁰⁴, ein gefährlicher Gegner von Demokratie, Marktwirtschaft und geordnetem menschlichem Zusammenleben erwachsen sei, der mittlerweile selbst – selbstverständlich illegitime – Eliteansprüche anmelde, und dass schließlich drittens Politik und Wirtschaft auf aktive Minderheiten angewiesen seien, wobei die Fähigkeit der politischen (nicht der wirtschaftlichen und der wissenschaftlichen!) Elite, die Probleme der Zeit zu erkennen und zu lösen, mehr als einmal infrage gestellt wurde.

Zu 3: Stärker in der politisch-publizistischen Öffentlichkeit vertreten als die akademische Elitenforschung oder die Unternehmerschaft, aber mit ihren Vorstellungen insgesamt minoritär zeigte sich die linksliberale Strömung der Debatten um die Semantiken der Elite. Hierfür dürfte vor allem ihre Themenwahl verantwortlich gewesen sein: Ein echter Bedarf, eine »Nachfrage« nach dem Orientierungswissen, das die Elite-Doxa bereitstellte, bestand im Wesentlichen nur auf dem Feld der Hochschulpolitik, und zwar hier seitens konservativer Bildungspolitiker und mehr noch bei den Hochschullehrern, genauer, ihrer höchsten und einflussreichsten Statusgruppe, der Professoren, die sich ansehend in ihrem professionellen Selbstverständnis als allein selbstverantwortlich arbeitende Forscher und Lehrende durch die Expansion der Studierendenschaft und die bürokratischen und didaktischen Folgeprobleme nicht weniger herausgefordert sahen als einige Jahre zuvor durch renitente Studierende und Nachwuchswissenschaftler. Auf diese Problemlagen ging die linksliberale Strömung jedoch gerade nicht ein. Vielmehr stand hier einerseits die Kritik am Machtmissbrauch der Mächtigen und den Privilegien der Privilegierten im Vordergrund, wie gerade der SPIEGEL sie kultiviert hatte und wie sie auch in der Süddeutschen Zeitung und der ZEIT zu finden war.¹⁰⁵ Andererseits begaben sich »Die ZEIT« und die Süddeutsche Zeitung auf die Suche nach kulturellen »Gegeneliten«, die für die gesellschaftlich notwendige Kreativität und Deutungsarbeit zuständig sein sollten, die gleichzeitig aber auch als Sand im Getriebe eines technisch-wirtschaftlichen Verwertungszusammenhangs gesehen werden konnten. So schrieb Christian Graf von Krockow in der ZEIT unter der Überschrift »Wir brauchen die ›Ausgeflippten« (Untertitel: »Wie unsere Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft human bleiben kann«):

»Die Wechselwirkung von Leistung und Konkurrenz erzwingt das unerbittliche ›Vorwärts«. [...] Das von Hobbes gezeichnete Bild vom allgemeinen, tödlichen Wettkampf wirkt gewiss alles andere als heiter. Es signalisiert eher Hölle als Paradies. [...] Offenbar [bleibt] nur der Weg in die Inkonsistenz, in den *Widerspruch*. [...] was wir dann wohl auch brauchen, ist zur Leistungselite die *Gegenelite*. Denn irgendwer muss doch formulieren, worum es geht, muss für die Realisierung eintreten und dabei vorangehen. [...] Ohne ihren nicht bloß wortreichen, sondern praktisch gelebten Widerspruch wäre sie [unsere schöne moderne Welt] unausweichlich auf die eigene Katastrophe programmiert.«¹⁰⁶

104 Elite. Zukunftsorientierung in der Demokratie, Diskussion, S. 92 und 97.

105 Professoren über Professoren: Wieder Elite, in: Der SPIEGEL, 6.1.1975, S. 46–52; Freude im Klub der Einkommensmillionäre, in: Der SPIEGEL, 13.7.1987, S. 56–62.

106 Christian Graf von Krockow, Wir brauchen die »Ausgeflippten«, in: Die ZEIT, 15.2.1980, S. 57 (Hervorhebung nicht im Original).

Gelegentlich (aber nur sehr selten) findet sich sogar eine sanft formulierte, aber inhaltlich durchaus entschiedene Zurückweisung des Glaubens an die Notwendigkeit von Eliten überhaupt.¹⁰⁷

Was die argumentative Durchschlagskraft dieser Skepsis gegenüber den Forderungen nach gezielter Elite-Bildung und dem Eröffnen größerer Handlungsspielräume für die Elite-Mitglieder jedoch immer wieder bremste, war ihr oben erläutertes, gleichsam a priori gegebenes Einverständnis gegenüber dem Konzept der Leistungselite, das den hier in Rede stehenden Beiträgen stets das Gepräge eines »Ja-aber« gab: Ja zum Konzept der Leistungselite, aber nicht so viel Förderung der Eliten wie gefordert. Diese Argumentationsfigur war alles in allem nicht geeignet, den Propagandisten der universalen Notwendigkeit von Eliten und Elite-Bildung wirkungsvoll entgegenzutreten.

Zu 4: Die Überzeugung von der Notwendigkeit der Eliten gehörte zum festen Bestandteil des Elite-Glaubens in seiner liberal-konservativen und konservativen Strömung. Da er ein Grundaxiom der meisten dieser Beiträge darstellte, wurde er entsprechend selten expressis verbis formuliert. Eine sprechende Ausnahme bildete hier ein Kommentar des Herausgebers der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Fritz Ulrich Fack, zur Genscher-Debatte unter dem Titel »Eliten werden gebraucht«.¹⁰⁸ An dieser Stelle war allerdings weniger das Legitimationsmoment der Elite-Doxa zu erblicken. Vielmehr handelte es sich um eine offensive Selbstvergewisserung nach den Herausforderungen während der beiden vorherigen Dekaden, in denen das ideenpolitische Gewicht eben stärker auf der Seite der Teilhabeansprüche und auch der Forderung nach Autonomie von den Entscheidungen der Eliten gelegen hatte.

Am Ende des Untersuchungszeitraums erschien dann in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein längerer Text zum Elite-Thema, der, obwohl publizistischer Natur, Eingang in wissenschaftliche Literaturverzeichnisse fand: Der Aufsatz des vielfach ausgezeichneten Biologen und Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft Hubert Markl mit dem Titel: »Wer nicht hören will, muss führen. Anmerkungen eines Biologen zur Elite«.¹⁰⁹ Dieser Artikel bündelte die vorangegangenen Debatten des zurückliegenden Jahrzehnts zu einer liberal-konservativen Synthese und enthielt damit als Quintessenz alle wichtigen Grundannahmen der dominierenden Strömung unseres Erörterungszusammenhangs.

Erstens war für Markl die Notwendigkeit von Leistungseliten in allen (außer den aller primitivsten) menschlichen Gesellschaften und die Existenz von Eliten überhaupt vollkommen evident. Dieser Glaube war für ihn derart selbstverständlich, dass er ihn in seinem Text nur voraussetzte, ohne ihn ausdrücklich formulieren zu müssen. Zweitens wohnte für ihn die Unterordnung unter diese Leistungsträger der menschlichen Natur inne und stellte keineswegs ein »Produkt einer autoritätsfixierten Erziehung dar, mit deren Hilfe Eliten ihre vorteilhafte Stellung sichern«. Markl bezeichnete dabei dieses Autoritätsverhältnis ausdrücklich und mehrmals als eines der »Gefolgschaft« – an sich ein seit dem nationalsozialistischen »Führerprinzip« eindeutig auf eine bestimmte Ausformung einer Autoritätsbeziehung (nämlich der strikten Unterordnung unter die Befehle des »Führers«) festgelegter Terminus.¹¹⁰ Drittens: Egalität und egalitäre Erziehung führe in den Terror; Markl führte für diese These nichts weniger als einen Völkermord an: »Jeder soll

107 Harry Pross, Braucht Kultur Eliten?, in: Süddeutsche Zeitung, 29.4.1978, S. 113–114.

108 Fritz Ulrich Fack, Eliten werden gebraucht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.1.1984, S. 1; ähnlich Heinz J. Kiefer, Demokratie braucht Eliten, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 2.10.1981, S. 2 (Kiefer war Vorsitzender des Ruhr-Instituts Essen); vgl. zudem die Überschrift der Einleitung bei Kaltenbrunner, Elite, S. 7: »Ohne Elite geht es nicht! Eine Kampfansage an die Übermacht der Unfähigen«.

109 Hubert Markl, Wer nicht hören will, muss führen. Anmerkungen eines Biologen zur Elite, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.1.1989, Bild und Zeit, S. 1.

110 Vgl. Reitmayer, Elite, S. 307–323.

dasselbe denken, jeder soll dasselbe sagen, keiner soll mehr wissen oder können als andere, herausragende Köpfe sind auf Normalmaß zu stutzen – Pol Pot hat daraus nur die grausig-wörtliche Konsequenz gezogen.« Viertens seien die Eliten zwar diejenigen, welche die Ziele der jeweiligen Gruppe festlegten, doch seien sie in arbeitsteilig verfassten Gesellschaften für die Realisierung dieser Ziele auf die Unterstützung ihrer »Teams« oder »Gefolgschaften« angewiesen. Daraus folge fünftens, dass Eliten Verantwortung für ihre »Gefolgschaft« wahrnahmen, und zwar schon aus Eigennutz, um ihre eigenen Ziele tatsächlich verwirklichen zu können. Daraus entstehe gewissermaßen das Gemeinwohl: »Es ist für alle vorteilhaft, wenn die Eliten ihren Vorteil nicht auf Kosten, sondern zum Nutzen anderer, zum Nutzen aller suchen.« Den Anreiz, selbst zur Elite zu gehören, sah Markl sechstens weniger in den materiellen Privilegierungen der Eliten als vielmehr in der »Leistungslust« der durch Begabung, Bildung und Willen qualifizierten Elite-Individuen gegeben. Siebentens schließlich nahm Markl durchaus Teile der liberalen Strömung der Eliten-Diskussion auf, indem er durchaus die Existenz und Notwendigkeit kreativ-künstlerischer Teileliten zugestand und die Bedeutung »spielerischer, disziplinloser Neugier [...], die sie erst kreativ macht« betonte. Aber gerade aus der Existenz eines differenzierten Universums von Teileliten schloss er auf die Notwendigkeit eines differenzierten (und segregierenden) Bildungssystems, in dem etablierte Hierarchien und Teilungen offenkundig gewahrt werden konnten. Diese Befunde eines ausgewiesenen Spitzenwissenschaftlers waren wie dazu geschaffen, die zurückliegende Diskussion zu bündeln und den erneuerten Elite-Glauben milieuübergreifend, aber unter liberal-konservativen Vorzeichen zu verfestigen: An die Stelle der Elite-Semantik der Boom-Epoche, die eine Balance aus Sicherheit und Fortschritt im Zeichen von Konsens und Konformität suchte, war eine neue Ausformung der Elite-Doxa getreten, die als Mittel zur Wahrung sozialer Hierarchien durchaus das Leistungs- und Konkurrenzprinzip vorsah sowie die freie Entfaltung des Individuums, letzteres aber nur den wenigen Auserwählten vorbehalten wollte.

Allerdings muss eine Teilströmung unterschieden werden, die sich vielleicht als »Konservatismus sans phrase« bezeichnen lässt und die in einem wesentlichen Punkt von der liberal-konservativen Strömung abwich: Sie gab sich durchaus offen für die Entstehung sozial verfestigter Herrschaftseliten und teilte damit die oben skizzierte Unterscheidung zwischen demokratieverträglichen, offenen Eliten und demokratieaversen, geschlossenen »Kasten« nicht. Zu dieser Richtung gehörte etwa der konservative Publizist Gerd-Klaus Kaltenbrunner, der bereits Ende der 1970er Jahre mit einem einschlägigen Sammelband hervorgetreten war¹¹¹ und der 1984 in seiner im Ton aggressiven und vulgären, Differenzierungen nicht zulassenden Schrift »Elite. Erziehung für den Ernstfall« aus dem Pluralismus der Eliten und deren Arrangement als »Veto-Gruppen« (David Riesman) folgenden Schluss zog:

»Was weitgehend fehlt, ist eine ›Über-Elite‹, die den Willen und die Macht hat, jenen allgemeinen Interessen, die bei keinem der sonstigen verschiedenen Verbände aufgehoben sind, zum Durchbruch zu verhelfen. Diese Elite müsste in einem ausgezeichneten Sinne eine *Staats-Elite* sein, ausgerüstet mit den Mitteln, auch noch die mächtigsten Kräfte der Industriegesellschaft dem Gebot des Allgemeinwohls zu unterwerfen.«¹¹²

Diese offensichtlich mit einer repräsentativen Demokratie nicht vereinbare Vorstellung eines allgemeinen Standes, der das Allgemeinwohl verbürgen konnte, hatte in den 1950er Jahren in der westdeutschen Elite-Diskussion eine nicht unerhebliche Rolle gespielt und mag in den 1980er Jahren in einigen konservativen Milieus noch vertreten gewesen sein,

111 Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), *Rechtfertigung der Elite. Wider die Anmaßungen der Prominenz*, Freiburg im Breisgau/Basel etc. 1979.

112 Kaltenbrunner, *Elite*, S. 50 (Hervorhebungen im Original).

war aber mit den Diskursregeln der gehobenen politischen Publizistik dieses Jahrzehnts, wie sie unter anderem die Frankfurter Allgemeine Zeitung verkörperte, nicht vereinbar und dort allenfalls auf den Leserbriefseiten zu finden.¹¹³

Schließlich muss noch auf einen Topos eingegangen werden, der die konservative Strömung derart stark durchzog, dass Außenstehende sich gelegentlich darüber lustig machten¹¹⁴ – die Behauptung, mit dem Reden über Eliten werde ein Tabubruch vollzogen:¹¹⁵ »Man darf das Wort Elite immer noch nicht laut sagen.«¹¹⁶ Wer genau das Tabu ausgesprochen hatte, war nicht ganz klar; es handelte sich angeblich aber um den großen Kreis der »Nivellierer« und sonstigen Apologeten der Gleichheit. Allerdings wurde nie etwas über eine Ahndung des Tabubruchs bekannt. Die Behauptung des Tabubruchs besaß vor allem die Funktion, sich selbst den Anstrich des Tabubrechers zu geben und den eigenen intellektuellen Mut, der mit dem Tabubruch ja verbunden war, hervorzuheben. Dieser Mut speiste sich offenbar aus dem Nomos des intellektuellen Felds selbst, der ja darin bestand, um der Wahrheit willen »die Dinge beim Namen zu nennen«.¹¹⁷ Auf dieses Erzeugungsprinzip intellektueller Produktion soll abschließend lediglich hingewiesen werden, um vor der Fehlinterpretation zu schützen, die hier untersuchten Erörterungen seien bloße intellektuelle Spielereien oder Auftragsarbeiten zum Lobe der privilegierten Klassen.

VI. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Die 1980er Jahre waren kein »Jahrzehnt der Elite«. Aber sie brachten den Elite-Begriff zurück in die politische Sprache der Bundesrepublik. Diese Rückkehr stellte in erster Linie eine Reaktion auf institutionen- und ideengeschichtliche Wandlungsprozesse dar, die in den 1960er Jahren begonnen und nun ihrerseits neue Probleme aufgeworfen hatten.

Das Feld, um das die Elite-Diskussion der 1980er Jahre kreiste, war dasjenige der Bildungspolitik, genauer, der Hochschulpolitik. Bekanntlich hielt an den Universitäten der Ausbau der Kapazitäten mit dem Andrang neuer Studierender nicht Schritt. Die Folgen waren eine Bürokratisierung der Hochschularbeit und Beeinträchtigungen oder zumindest Erschwerungen in Forschung und Lehre, die ein großer Teil der Professorenschaft als Überfüllungskrise wahrnahm. Da ausreichende staatliche Mittel für einen weiteren Hochschulausbau nicht zur Verfügung gestellt wurden, schien eine gezielte Förderung der begabtesten Studierenden, der zukünftigen akademischen Elite, einen gangbaren Ausweg zu bieten: freiere Lehrveranstaltungen mit kleinen Gruppen hoch motivierter und sehr gut vorgebildeter Studierender, die Einrichtung exklusiver akademischer Treffpunkte für die besten Forscher, vielleicht sogar die Gründung neuer Institute, die dem alten Wissenschaftsideal entsprechen würden. Derartige Ideen wurden an verschiedenen Orten lanciert und diskutiert. Auf einen fruchtbaren Nährboden fielen sie dort, wo sie an andere Problemlagen ankoppeln konnten. Eine derartige Problemlage stellten die von vielen befürchtete Innovationskrise der westdeutschen Industrie und die Angst vor einem wirtschaftlichen Abstieg der Bundesrepublik dar. Erst die argumentative Verbindung dieser beiden Problemkreise verlieh den Vorstellungen und Vorschlägen zur Bildung einer akademischen Elite beziehungsweise zur Wiederherstellung der Fähigkeiten von Universitä-

113 *Hermann Hummel-Liljegren*, Wo bleibt das Fragen nach geistiger Elite?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.6.1981, S. 6.

114 *Gunter Hofmann*, Wir sind nicht auf den Hund gekommen, in: Die ZEIT, 16.8.1985, S. 1.

115 *Fack*, Eliten werden gebraucht; *Winfried Martini*, Schreckwort »Elite«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.1.1984, S. 9.

116 Elite, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.5.1981, S. 12.

117 *Reitmayer*, Elite, S. 69–99.

ten, Eliten hervorzubringen, ihre Durchschlagskraft, und führte so zur Rückkehr des Elite-Begriffs in die politische Sprache der Bundesrepublik.

Deshalb war diese Rückkehr im Wesentlichen auch kein einfaches Zurück zu überkommenen hochschul- und allgemeinpolitischen Verhältnissen. Die mit dem Elite-Begriff verbundenen geforderten und tatsächlich ergriffenen Maßnahmen wiesen einen Weg in die hochschulpolitische Zukunft, nicht zurück in die Vergangenheit: Die im Begriff der Leistungselite konzipierte Verbindung von akademischer Elite und ökonomischem Erfolg konnte gar keine Anknüpfung an den Antimaterialismus des Bildungsbürgertums bedeuten, und die Forderung nach Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Hochschulen ebenso wenig. Die Möglichkeit, zu den niedrigen Studierendenzahlen der 1950er Jahre und früher zurückzukehren, wurde gar nicht erst ernsthaft erwogen, und die Gründung von Elite-Hochschulen hätte gerade nicht in einer deutschen, sondern einer französischen, britischen oder amerikanischen Tradition gestanden. »Akademische Leistungselite« wies in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit.

Dieser Wandel der Elite-Doxa – die Rückkehr des Elite-Begriffs in die politische Sprache, doch gegenüber den 1950er und 1960er Jahren in verändertem Bedeutungsgehalt – fällt in jenen Bereich des Wandels der Zeitdiagnosen und Leitbegriffe, in dem der »Nach dem Boom«-Ansatz die ideengeschichtlichen Strukturbrüche zwischen der Boom-Ära und der folgenden Epoche zu verorten versucht. Der Wandel der Leitbegriffe und Zeitdiagnosen veränderte auch die Formulierung der politischen Ziele und damit der Ziele des politischen Handelns selbst. An der Verschiebung der bildungspolitischen Zielvorgaben war dies deutlich zu beobachten, und an der großen Bedeutung, die der Elite-Begriff dabei spielte, ebenso. In diesen Zielsetzungen hatten sich, das macht eine Analyse der Elite-Doxa dieser Jahrzehnte deutlich, liberale und konservative Ideenwelten so weit einander angenähert, dass sie zwar nicht ununterscheidbar geworden waren, jedoch im politischen Feld einen neuen Basiskompromiss hervorbrachten, in dem die Bewahrung der vertrauten sozialen Hierarchien und Appropriationschancen sich nicht mehr in ständischer Abgeschlossenheit, durch Vererbung und durch die Verlangsamung sozialen Wandels vollziehen musste, sondern im Gegenteil den Dynamiken der modernen Marktgesellschaft überantwortet werden konnte. Das waren die Strukturbrüche »nach dem Boom« und der Beginn des »Neuen«.

Noch einmal: Die 1980er Jahre waren kein »Jahrzehnt der Elite«. Tiefgreifende Strukturentscheidungen, etwa hinsichtlich der Form und Richtung der Einbettung der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft, des Arrangements der Institutionen ihrer politischen Ökonomie oder eben der Struktur des weiterführenden Bildungswesens (um nur einige der klassischen Felder des »Elitehandelns« zu nennen), wurden in dieser Dekade nicht gefällt. Partizipationsforderungen wurden von ganz verschiedenen Gruppen weiter erhoben und in nicht geringem Umfang auch erfüllt. Langfristig allerdings erhöhte die Verbreitung und Befestigung der Elite-Doxa jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass die Spitzen der Herrschafts- und Funktionsträger – der »Eliten« – dazu neigen würden, Strukturentscheidungen von großer Reichweite mehr und mehr in abgeschotteten Zirkeln der Macht zu fällen und allenfalls noch im Nachhinein Zustimmung einzuholen. Doch das ist eine Geschichte späterer Jahre.